

Sozialistische Arbeiter-Zeitung

ZENTRALORGAN DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

C D

Der Vorsitzende des ADGB im Hindenburg-Ausschuß

Eiserne Front für Hindenburg

Eine neue Kapitulation der Sozialdemokratie vor dem Klassenfeind

* Berlin, 1. Februar.

Theodor Leipart, der Führer des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, führender Mann auch in der Sozialdemokratischen Partei, ist dem Ausschuß beigetreten, der die Wiederwahl Hindenburgs propagiert. Ihm zur Seite stehen einige andere prominente Sozialdemokraten, der Berliner Bürgermeister Lange und der Mann, dessen Name für die jüngste Entwicklung der sozialdemokratischen Politik wieder symbolische Bedeutung zu gewinnen beginnt: Gustav Noske.

Die sozialdemokratische Führerschaft setzt sich ein für die Wahl Hindenburgs. Welch ein Gedanke! Undenkbar noch vor einem Jahre, unfaßbar zweifellos für die Masse der sozialdemokratischen Mitgliedschaft, für die Masse der freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter auch heute noch. Und doch nur das notwendige Ergebnis der sozialdemokratischen Staatspolitik der letzten zwei Jahrzehnte.

Heilmann ging schon einmal zu Hindenburg. Und mit ihm die ganze Sozialdemokratische Partei. Das war 1914, als die deutsche Klassenkampfpartei kapitulierte vor dem Ausbeuterstaat gerade in der Stunde, da sie ihm am gefährlichsten werden konnte. Jetzt gehen sie wieder zu Hindenburg. In einem Augenblick, wo wiederum die Existenz des Ausbeute-Staates abhängt davon, ob die proletarischen Massenorganisationen ihn weiter widerspruchslos tolerieren oder nicht; gehen zu dem Hindenburg, gegen den sie vor sieben Jahren den Präsidentschaftswahlkampf führten.

Wie wollen die Führer der SPD und des ADGB den Massen ihrer Organisationen begreiflich machen, daß sie jetzt in den Präsidentschaftszug eintreten sollen für denselben Hindenburg, gegen den sie vor sieben Jahren von denselben Organisationsleitungen mobilisiert wurden? Wie wollen sie begreiflich machen, daß der Führer der freien Gewerkschaften und andere Sozialdemokraten in einer Einheitsfront aufmarschieren mit den Hyänen der Großfinanz, mit den Vertretern des Großkapitals, den Führern der Ausbeuterklasse; in einer Front mit jenem Forstrat Escherich, der die Orgesch gründete, die konterrevolutionäre Bürgerkriegsarmee der deutschen Bourgeoisie, die in den Monaten der Revolution in blutigen Schlachten gegen die Arbeiterschaft kämpfte; in einer Front mit dem Kardinal Faulhaber, einem führenden Manne der schwarzen Reaktion. Sie werden es den Massen nicht begreiflich machen können, weil es

unbegreiflich und unverantwortlich

ist, in dieser kritischsten Situation, die das deutsche Proletariat seit 1918 erlebte, die Armee des Proletariats mit fliegenden Fahnen dem Klassen- und zuzuführen.

Eine solche Politik ist unmöglich; sie wird scheitern. Millionen sozialdemokratischer Stimmen werden dieser Parole die Gefolgschaft versagen. Um so notwendiger ist es, daß überall die Massen der proletarischen Organisationen aufstehen und von den Organisationsleitungen fordern, daß sie sich der Parole der Sozialistischen Arbeiterpartei anschließen:

den proletarischen Klassenkandidaten gegenüberzustellen, der im Präsidentschaftswahlkampf sich sammelnden Bourgeoisie!

Offener Brief an alle Arbeiter-Organisationen

Werte Genossen!

Die konzentrierten Bemühungen des Bürgertums und der faschistischen Organisationen, das Amt des Reichspräsidenten in die Hand eines Feindes der Arbeiterklasse zu legen, der seine Macht durch Ausnutzung des Diktaturartikels der Reichsverfassung einseitig gegen die Arbeiterschaft mißbrauchen kann, lassen es als das dringendste Gebot der Stunde erscheinen, diesen Bestrebungen des Bürgertums

die geschlossene Front des Proletariats entgegenzustellen.

Deshalb richtet der Vorstand der SAP hierdurch an den Partei-Vorstand der SPD, das Zentralkomitee der KPD, an die Bundesvorstände der Freien Gewerkschaften und an die anderen Arbeiterorganisationen die Aufforderung, gemeinsam mit der SAP über die Aufstellung eines gemeinsamen Arbeiterkandidaten in Verhandlungen einzutreten.

Wir bitten die genannten Arbeiterorganisationen, uns ihre Antwort bis zum 7. Februar zu erteilen. Ist bis zu diesem Tage eine Antwort nicht erfolgt, so nehmen wir an, daß unser Vorschlag abgelehnt ist.

Mit proletarischem Gruß
Der Parteivorstand der
Sozialistischen Arbeiterpartei

Kandidatur Seeckt?

b. j. Berlin, 1. Februar.

Von einer regelmäßig sehr zuverlässig informierten Seite erfahren wir, daß im Rahmen der Führertagung, die Hitler für Mittwoch nach München einberufen hat, die Beratung einer Reichspräsidenten-Kandidatur des Generals a. D. von Seeckt durchgeführt werden soll.

Im „Braunen Haus“ herrscht kein Zweifel, daß weder die Herren Dr. Frick noch von Epp die geringsten Aussichten haben, im Wettstreit gegen einen von der Regierung aufgestellten Bewerber, die Reichspräsidentenschaft zu gewinnen. Hitlers Versuch, in Braunschweig durch Erlangung der Beamteneigenschaft auch das Staatsbürgerrecht zu gewinnen, ist an der strikten Weigerung des von Hugenberg mit Aufträgen versehenen deutschen nationalen Staatsministers Küchenhal gescheitert.

Wenn Hitler seinen so großspurig begonnenen Feldzug gegen Brüning nicht ganz verlieren will, so mußte er sich — wohl oder übel — um einen anderen, zugkräftigen Kandidaten bemühen.

Den scheinen nun — weniger er selbst, als seine Berater — in der Person des verabschiedeten Chefs der Heeresleitung gefunden zu haben.

General a. D. Hans von Seeckt ist bekanntlich nach der Affäre von Münsingen im Oktober 1926 in Unfrieden vom Reichspräsidenten geschieden, der ihn auf Wunsch Stresemanns aufopferte; und er ist in womöglich noch größerem, nie verhehltem Unfrieden auch von den leitenden Herren des Reichswehrministeriums geschieden. Besonders der damalige Oberst von Schleicher hat geradezu seinen Sturz betrieben und bei dem damaligen Minister Geßler auch erreicht, als die Dienstleistung des ältesten Kaiserrenkels bei der Traditionskompanie des ersten Garderegiments zu Fuß, die Seeckt gebilligt hatte, aufkam.

Stresemann hingegen wollte Herrn von

Seeckt dem französischen Außenminister Briand zu Gefallen in die Wüste schicken, dem er in Thoiry einen Beweis für das künftige Wohlverhalten der deutschen Militärs versprochen hatte.

Durch die Art der Verabschiedung gewann Seeckt die Sympathien der Rechten wieder, die ihm seine Haltung im Herbst 1923 verscherzt hatte. Damals hatte er bekanntlich den alldutschen Justizrat Claß, der ihm seinen Staatsreichplan vortrug, abgewiesen.

Man sieht, der Plan der Erhebung Seeckts, der auch über den Exkronprinzen der Stimmen der Reste der deutschen Monarchistenpartei sicher sein dürfte, ist nicht ohne Geschick eronnen.

Dem Ausland gegenüber würde man auf die unerschütterliche „Legalität“ hinweisen können, deren sich Seeckt im Jahre 1923 als Inhaber der vollziehenden Gewalt befleißigt hat, trotz der Versuchungen, an denen es nicht fehlte.

Widerstand wird von Hugenberg und den Seinen nicht erwartet werden müssen —, wohl aber von der Generalität der Reichswehr, die vom General von Schleicher im Gegensatz zu Seeckt erzogen worden ist.

Vielleicht reizt aber Hitlers Kreis gerade die Ueberlegung, daß man den führenden Leuten der Reichswehr durch von Seeckts Kandidatur gehörig eins auswischen könnte, nachdem Groener und Schleicher entgegen Hitlers Erwartungen nicht sein, sondern Brünings Spiel gespielt haben.

Leipart im Hindenburg-Ausschuß

(Siehe Hauptblatt 2. Seite.)

Hindenburgfront oder proletarische Klassenfront?

Ernst Eckstein, Breslau.

Der Hindenburg, der alte Reck',
der Russenfeind, der Russenschreck,
Der Hindenburg soll leben!

In den letzten Zeiten der Feudalität und im beginnenden Frühkapitalismus konzentrierte sich die Staatsgewalt in der Person des absoluten Monarchen. Die Durchführung des Gedankens vom Rechtsstaat und die damit zusammenhängende Aufspaltung der Staatsgewalt in Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtsprechung ist der große Fortschritt des bürgerlichen Zeitalters, ausgelöst durch die französische Revolution.

Die Verfassungskämpfe des 19. Jahrhunderts galten der Verwirklichung des rechtsstaatlichen Gedankens. Er fand in Deutschland seine Vollendung in der Weimarer Verfassung, die die Gesetzgebung dem Parlament, die ausführende Gewalt den Behörden, die Rechtsprechung dem unabhängigen Richteramt anvertraute. Der Gedanke der parlamentarischen Demokratie forderte aber eine Ueberordnung des gesetzgebenden über das verwaltende Organ. So wurde denn die Regierung als die Spitze der Verwaltung in der Amtsführung vom Vertrauen des Parlaments abhängig gemacht und gleichzeitig weitestgehend der Kontrolle des Parlaments in ihrer Tätigkeit unterworfen.

Die wirtschaftliche und staatsrechtliche Entwicklung seit der Verabschiedung der Verfassung hat aber die Ideale ihrer Väter zu blassen Schema gestaltet. Der Rechtsstaat ist zerbrochen. Der Kapitalismus hat in der Zeit der Wirtschaftskrise zu seiner Aufrechterhaltung eine allmächtige vollziehende Gewalt; die verfassungsrechtliche Lage in Deutschland ist heute so, daß nicht nur die Verwaltung, sondern auch die Gesetzgebung, die durch die Notverordnungsdiktatur ausgeübt wird, bei der Bürokratie liegt, daß das Parlament lediglich eine Art Kontrollinstanz für die Gesetzgebung noch darstellt, und überhaupt nur deswegen existieren kann, weil es seine Kontrollrechte nicht ausübt, sondern sich ständig vertagt und in seinen kurzen Tagungsperioden alles, was in der Zwischenzeit geschehen ist, gutheißt.

Die sinnbildliche Verkörperung der obersten Gewalt im Staate, seiner Verwaltung und seiner Gesetzgebung, ist der Reichspräsident. Seine Funktion ist somit zum ideologischen Ueberbau über der wirtschaftlichen Realität für die Dinge der Verfassung geworden.

Für die Wiederwahl des Reichspräsidenten von Hindenburg einzutreten, heißt „Ja“ sagen zur politischen Entrechtung der deutschen Arbeiterklasse und zur Aufrechterhaltung des kapitalistischen Systems.

Die Sozialdemokratische Partei hat sich in diese unmögliche Situation hineinmanövriert. Im August 1914 verschwanden für sie die Klassenunterschiede vor der Bedrohung des angeblich allen gemeinsamen Vaterlandes. Im Frühjahr 1932 verschwinden für sie die Klasseninteressen vor der Wirklichkeit der Wirtschaftskrise und ihrem

verfassungsmäßigen Symbol, dem Generalfeldmarschall von Hindenburg.

Die Aufgabe der Sozialistischen Arbeiterpartei kann es nur sein, die Gelegenheit der Reichspräsidentenwahl zu benutzen, alle Illusionen und nationalen Einheitsfronten zu zerstören. Das deutsche Proletariat kann sich nicht mit Hitler und Hugenberg, noch mit Brüning und Groener in der Bejahung der Diktatur des Marschalls oder irgend eines anderen Beauftragten der Bourgeoisie zusammenschließen. Die klassenbewußten Arbeiter dürfen nicht in der Hindenburgfront, sie müssen in der proletarischen Klassenfront kämpfen.

Hindenburg ist für jeden, der die Geschichte der letzten zwanzig Jahre denkend miterlebt hat, das Symbol des kapitalistischen Krieges.

Nur wer Kapitalismus und Krieg bejaht, kann auf den Gedanken kommen, für ihn einzutreten. Wenn daher jetzt die nationale Vernebelungspropaganda einsetzt, müssen alle proletarischen Parteien, die Wert auf diesen Ehrennamen legen, ihre Gegenpropaganda einsetzen, und zwar unter der Devise: Hindenburg ist der kapitalistische Krieg.

Wie überall so wird auch hier die Sozialistische Arbeiterpartei den Versuch machen müssen, sozialdemokratische und kommunistische Arbeiter und ihre Parteiorganisationen für den Gedanken der proletarischen Einheitsfront zu gewinnen. Wir wollen uns allerdings keine Illusionen machen. Die Verbundenheit der sozialdemokratischen Führung mit der deutschen, von Brüning und Hitler geführten Bourgeoisie und der Parteigoismus der Kommunistischen Partei werden der Einheitsfront auch diesmal starke Schwierigkeiten machen. Die SPD wird auf einen eigenen Kandidaten wohl überhaupt verzichten. Stellt sie einen eigenen Kandidaten auf, wird die Sozialistische Arbeiterpartei trotzdem eine Einheitsfront herbeizuführen versuchen müssen.

Dem alten Feldmarschall muß ein Mann entgegengestellt werden, dessen Name seit Jahren und Jahrzehnten guten Klang in der Arbeiterbewegung hat.

Dem Führer der Heere Wilhelms II. muß ein Kandidat gegenübergestellt werden, der gegen den Krieg Wilhelms II. gekämpft hat. Dem Mann, der die Notverordnungen der Regierung Brüning unterschreibt, muß ein Kandidat gegenübergestellt werden, dessen ganzes Leben Kampf für den Sozialismus gewesen ist. Dem Reichspräsidenten, der die Diktatur der Bourgeoisie in Deutschland ausübt, muß ein Präsidentschaftskandidat entgegengestellt werden, in dessen Namen sich die Forderung nach der Diktatur des Proletariats symbolisiert.

Die Sozialistische Arbeiterpartei kann einen Mann vorschlagen, der diese Bedingungen erfüllt. Aber der Name ist unwichtig. Wichtig ist allein, daß auch die letzte Chance zu einer Verständigung über einen Kandidaten des Proletariats ausgenutzt werden muß. Wir wissen, daß selbst wenn die SPD endgültig in die nationale Einheitsfront des Bürgertums einschwenkt, Millionen sozialdemokratischer Arbeiter der Parole ihrer Partei, Hindenburg, oder, falls dieser doch die Kandidatur ablehnen sollte, seinen Ersatzmann zu wählen, nicht folgen werden. Sie dann für die Einheitsfront des sozialistischen revolutionären Proletariats in Deutschland zu gewinnen, ist der eigentliche Sinn und Zweck der Reichspräsidentenwahlkampagne.

Die Landsknechte werden unter Kontrolle gestellt

ZN. Berlin, 31. Januar.

Die politische Informationsgebung zwischen NSDAP und SA, also zwischen der nationalsozialistischen Partei und ihrer Wehrorganisation, ist grundlegend geändert worden.

Bisher war es so, daß die Münchener Reichsleitung allein mit der gleichfalls sich in München befindenden obersten SA-Führung und deren Stab in dauernder politischer Verbindung stand. Die politische Informierung der SA-Formationen erfolgte wie die militärische Leitung durch die vorgesetzten SA-Stellen selbst, also der Gruppenführer (Divisionen) durch den Stab, der Standartenführer (Regiment) durch die Gruppe, der Sturmbannführer (Bataillon) durch die Standarte, der Sturmführer (Kompanie) durch den Sturmbann.

Das ist nun aufgehoben worden. Die politische Information der SA-Formationen geschieht nicht mehr durch die militärischen Vorgesetzten, sondern nur noch durch die Reichsleitung der Partei. Diese wird ständige politische Kommissare bei den Gruppen einsetzen, so daß neben jedem Gruppenführer ein politischer Kontrolleur, der direkt der Parteileitung untersteht, fungieren wird. Zu den unteren oben angeführten Formationen sollen nach Bedarf politische Beauftragte der Reichsleitung geschickt werden. Die SA-Stellen werden auf das rein Militärische eingeschränkt.

In nationalsozialistischen Führerkreisen wird diese Maßregel mit der Verlegung der Divisionsführer der SA in die Standorte der Divisionsführer der Reichswehr (Wehrkreise) in Zusammenhang gebracht. Die Gruppenführer sollen als Gegengewicht gegen diese „militärisch notwendige“ Maßnahme in schärfere politische Kontrolle durch die Parteileitung genommen werden. — Bis etwa vor einem Jahre geschah die politische Informierung der SA-Gruppe über den Gau als politische Unterabteilung.

Leipart im Hindenburg-Ausschuß

Der Berliner Oberbürgermeister Sahm hat sein Wahlbüro für Hindenburg heute auf die Beine gebracht. Vorweg sei bemerkt, daß unter den Unterzeichnern sich auch der Vorsitzende des freigewerkschaftlichen ADGB, Theodor Leipart, befindet, neben dem sozialdemokratischen Berliner Bürgermeister Lange und Gustav Noske. Dagegen haben Seldte und der General von Horn (Kyffhäuserbund) die Unterzeichnung des Sahmschen Aufrufes abgelehnt. Beide haben dem Sinne nach erklären lassen, daß sich ihre Ablehnung nicht gegen Hindenburg richte, und daß sie bloß in Herrn Sahm nicht die geeignete Persönlichkeit für eine solche Mission sehen könnten. Ähnlich haben Hugenberg und Hitler ihre Ablehnung des ursprünglichen Brüning'schen Projektes zu tarnen gewußt, ohne doch damit viel Glauben zu finden. Es hat den Anschein, als ob selbst diese alten Freunde Hindenburgs sich bereits innerlich mit einem neuen Inhaber der Reichspräsidentschaft abgefunden haben. Wer ist dieser andere? Vielleicht Seeckt?

Aus dem Verzeichnis der Unterzeichner des Sahmschen Aufrufes seien folgende Namen wiedergegeben: Professor Aubin, Rektor der Universität Halle; Oberpräsident a. D. Batocki-Friebe; Professor Belian; Brandes vom Deutschen Landwirtschaftsrat; Reichskanzler a. D. Cuno von der Hapag; Bürgermeister Dominicus; Geheimrat Duisberg, der frühere Präsident des Reichsverbandes der Deutschen Industrie; Dr. Eckener von der Zeppelin-Gesellschaft; Forstrat Escherich aus Bayern; Gründer der Orgesch, der ersten Bürgerkriegsarmee der deutschen Bourgeoisie; Kardinal Faulhaber, Erzbischof von München-Freising; Herr Flügel, Vorsitzender des Deutschen Beamtenbundes; Herr Gerecke von der notleidenden Landwirtschaft; Reichswehrminister a. D. Geßler, Vorsitzender der Kriegsgräberfürsorge; Herr Grund, Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages; Heinrich Grünfeld vom Einzelhandel; Gerhart Hauptmann von der deutschen Dichtung; Georg Heim, der bayerische Bauerndoktor;

Professor Junkers, Dessau; Dr. Kapler, Präsident des Evangelischen Oberkirchenrats; Kommerzienrat Krumbhaar von den Zeitungsverlegern; Bürgermeister Lange-Berlin (SPD); Theodor Leipart, Vorsitzender des ADGB; Ernst Lemmer vom Gewerkschaftsbund der Angestellten; Herr Otte von den christlichen Gewerkschaften; der Maler Professor Max Liebermann; Staatssekretär Lewald vom Reichsausschuß für Leibesübungen; Oskar von Müller vom Deutschen Museum in München; Präsident Mulert vom Städtetag; Professor Oncken; Reichswehrminister a. D. Gustav Noske; Kommerzienrat Ravené; Kultusminister a. D. Schmidt-Ott; Gouverneur a. D. Schnee, deutsches Mitglied der Mandchurei-Kommission des Völkerbundes; Reichsgerichtspräsident a. D. Professor Simons, ehemals stellvertretender Reichspräsident; Bankier Solmsen, Geschäftsinhaber der Disconto-Gesellschaft; Dr. Springorum vom Langnamverein; Herr von Winterfeld, Präsident des Roten Kreuzes.

Krieg ohne Kriegserklärung

Nanking, 1. Februar. (Reuter.)

Wie verlautet, haben an der Sitzung vom Sonnabend, in der die Frage der Kriegserklärung an Japan besprochen wurde, die obersten chinesischen Führer, darunter Tschiang-kaischek, teilgenommen. Alle seien für die Ergreifung von Kriegsmaßnahmen gewesen, aber, wie man heute aus zuverlässiger Quelle erfährt, für einen Krieg ohne vorhergehende Kriegserklärung. Es wird betont, daß die Chinesen ebenso wie die Japaner einen Krieg ohne ausdrückliche Kriegserklärung führen könnten.

*

Tokio, 1. Februar.

Der Kaiser von Japan hat den Befehl zum Auslaufen des zweiten japanischen Geschwaders nach Schanghai unterzeichnet.

Neue Kämpfe in Schanghai

Schanghai, 1. Februar

Kurz nach 23 Uhr örtlicher Zeit brach am Sonntag nach mehrstündiger Ruhe ein scharfer Kampf im nördlichen Teil der Stadt aus. Er begann mit unregelmäßigem Gewehrfeuer. Dann setzte Maschinengewehrfeuer ein, und schließlich nahm das Feuer derart zu, daß eine regelrechte Schlacht im Gange war.

Ein japanisches Kriegsschiff gab gestern Maschinengewehrfeuer gegen die Brücke ab, die von der internationalen Niederlassung nach dem Bezirk Hongkew führt. Drei chinesische Flüchtlinge wurden dadurch getötet. Die Japaner erklären, das Feuer sei gegen vereinzelte Scharfschützen gerichtet gewesen.

Vormarsch auf Charbin

Peking, 1. Februar.

Den japanischen Truppen ist es gelungen, die gesprengte Brücke an der chinesischen Ostbahn wiederherzustellen und die Truppentransporte nach Charbin fortzusetzen. Die ersten Transportzüge aus Kupangze wurden von chinesischen Truppen beschossen.

Amerikanische Zerstörer vor Schanghai

Schanghai, 1. Februar.

Die vier am Freitag von Manila abgegangenen amerikanischen Zerstörer sind hier eingetroffen.

Wieder mal falsch verdächtigt

Japan gegen Völkerbundsrat

Tokio, 1. Februar.

Die Presse kritisiert den Beschluß des Völkerbundsrats, den Artikel 15 des Völkerbundsvertrages zur Anwendung zu bringen in sehr scharfer Form als sachlich unberechtigt und politisch höchst bedenklich. Die japanischen Seesoldaten, so wird betont, hätten ausschließlich in der Abwehr gegen chinesische Angriffe gehandelt, als sie, nicht etwa auf Grund einer einseitigen japanischen Anordnung, sondern einer Anordnung des internationalen Stadtrats, die von Tausenden von Ausländern bewohnte Zone von Schanghai besetzten. Der Zwischenfall lasse sich mit den Vorgängen in der Mandchurei nicht vergleichen.

Die Schanghaifrage sei lediglich von augenblicklicher und lokaler Bedeutung, werde vom Völkerbundsrat aber offenbar ungeheuer überschätzt.

Es bestehe keine Gefahr eines Kriegsausbruchs zwischen Japan und China, die allein die Voraussetzung für die Anwendung des Artikels 15 und der daraus resultierenden Sanktionen aus Artikel 16 bilden sollte. Der Beschluß des Völkerbundsrats lasse vollkommen die Tatsache außer acht,

daß der Völkerbund bei dem anglo-amerikanischen Bombardement Nankings im

Jahre 1927, das einen viel schlimmeren Gewaltakt dargestellt habe, nicht eingeschritten sei.

Der übereilte Beschluß des Völkerbundsrats sei für Japan unbegreiflich, dessen Beziehungen zum Völkerbund dadurch schwer gefährdet seien. Nach dem Scheitern der chinesischen Versuche, den Völkerbund zu einem Einschreiten gegen Japan im Mandchureikonflikt zu veranlassen, schlichte jetzt China offenbar den Schanghai-Zwischenfall durch Uebertreibung seiner Bedeutung aus, um nachträglich das angestrebte Ziel zu erreichen.

„Wir können nicht passiv zuschauen“

Rede Molotoffs

über die mandchurischen Vorgänge

Moskau, 31. Januar

Die 17. Parteikonferenz der Kommunistischen Partei der Sowjetunion ist eröffnet worden.

Molotoff führte in seiner Eröffnungsrede u. a. aus: Die Konferenz trat an dem historischen Wendepunkt zusammen, wo der erste Fünfjahrplan erfolgreich beendet worden ist und der zweite vorbereitet wird.

Ueber die internationale Lage

sagte Molotoff: Besondere Wachsamkeit ist in bezug auf die Tatsachen und die Tendenzen notwendig, die sich im Zusammenhang mit der Vertiefung der Weltkrise und der Verschärfung der Gegensätze im Lager des Kapitalismus in der internationalen Lage erkennen lassen. Die Außenpolitik der Sowjetunion ist klar, sie ist eine Friedenspolitik. Wir sind vollständig vom friedlichen Aufbau unseres Landes in Anspruch genommen und tun alles, um neue imperialistische Ueberfälle auf die Republik und den Sozialismus

zu verhindern. Trotzdem hören die auf die Störung des Friedens gerichteten Provokationen nicht auf. Die Ereignisse im Fernen Osten fordern von uns die ernsteste Wachsamkeit und entsprechende Bereitschaft im Falle von Ueberraschungen von seiten kriegerischer Kreise der ausländischen Bourgeoisie. Russische Weißgardisten in der Mandchurei und in Paris schmieden offen Pläne zur Loslösung des Fernen Ostens von der Sowjetunion und zur Schaffung eines „Pufferstaates“ mit ausländischer Unterstützung unter Beteiligung der aus der Intervention in den Jahren 1918 und 1919 bekannten internationalen Abenteurer von Art des Generals Gaid und seiner Anhänger. Führer der Weißgardisten, wie Miljukoff und Kerenski, zeigen sich gerade jetzt in der Tschechoslowakei, wo sie, wie sie genau wissen, jemanden finden, mit dem sie über neue Kriegsprovokationen gegen die Sowjetunion sprechen können. An solchen Gefahren für die Sowjetunion können wir nicht vorübergehen und passive Zuschauer bleiben.

Neue Botschafter-Proteste

Tokio, 1. Februar.

Der amerikanische Botschafter hat im japanischen Außenministerium wegen der Vorfälle in Schanghai erneut scharfen Protest eingelegt. Der englische und der italienische Botschafter machten ähnliche Vorstellungen.

Gut gemeint — aber ...

Paris, 31. Januar

Der sozialistische „Populaire“ erläßt einen Aufruf an die Arbeiterschaft der gesamten Welt, die Regierungen der Großmächte sofort zu zwingen, einzugreifen, um die Einstellung der Feindseligkeiten in Ostasien, die Zurücknahme der japanischen Truppen und eine schiedsgerichtliche Regelung des Konfliktes herbeizuführen.

Im Calmette-Prozeß:

Die Verteidiger plädieren

Lübeck, 1. Februar.

Das gerichtliche Nachspiel der Lübecker Impfstofftragödie nähert sich seinem Ende. Nicht nur Optimisten rechnen mit einem Urteilspruch im Laufe dieser Woche. In der vergangenen Woche kamen vor allem die Verteidiger zu Wort. Am Sonnabend hatte Dr. Darboven für die Schwester Anna gesprochen, gegen die ja auch keine Verurteilung beantragt ist. Am Dienstag setzten sich Dr. Hoffmann und Dr. Schuhmacher für Dr. Altstädt ein. Altstädt bleibt dabei, an die Wirkung des B. C. G. zu glauben. Er schließt damit eine Virulenzsteigerung des Impfstoffes aus und schiebt die Schuld auf das Laboratorium ab. Das ist sein gutes Recht. Aber von der Schuld der Fahrlässigkeit bei Einführung des Verfahrens und bei Bekanntwerden der Katastrophe kommt er trotzdem nicht frei. Alle Verteidiger forderten Freisprechung. Auch Dr. Inde am Mittwoch für Prof. Deycke. Deycke bleibt bei seinem „wissenschaftlichen Irrtum“. D. h. er ist der Meinung, daß eine Virulenzsteigerung des Impfstoffes erwiesen ist. Damit schiebt er die Schuld auf sein Laboratorium auf Calmette ab. Dr. Cuiwe beschwerte sich darüber, daß es Mode geworden sei, auf Prof. Klotz zu schimpfen und forderte auch für ihn Freisprechung.

Nach Dr. Indies Ausführungen zeigte sich das Bürgertum, das sich zahlreich in der Turnhalle eingefunden hatte, von der richtigen Seite. Inde schloß: „Der Menschheit Würde ist in Eure Hand gegeben, bewahrt sie!“ Und die Bürger klatschten demonstrativ Beifall — Schläge in die Herzen der Mütter der gestorbenen und kranken Kinder.

Am Freitag kam der Elternvertreter Wal-

ter Münstermann zu Wort der von dem erzählte, was die Eltern mit ihren Kleinen durchgemacht haben. Sie fordern Sühne. Sie fordern Verurteilung, damit so etwas, wie es in Lübeck geschah, nicht wieder geschehen kann.

Vorher hatten die Staatsanwälte und die Nebenkläger auf die Schlußausführungen der Verteidiger geantwortet. Wir wollen nur noch einige Worte zum Nebenkläger Dr. Wittern sagen. Die Eltern, die ihn zu ihrem Vertreter wählten, sind schlecht beraten gewesen. Er ist in Lübeck seit langen als alter Völkischer bekannt und hat während des Prozesses immer wieder vom „Hauptschuldigen Calmette“ geredet, davon, daß der Franzose schuld sei. Damit durchkreuzte er die wirklichen Anklagepunkte, vor allem Dr. Freys, und am Schluß seiner Freitag-Repik forderte er die Wiedereinsetzung Prof. Deyckes als Direktor des Allgemeinen Krankenhauses. Man stelle sich vor, der Nebenkläger bittet für den Hauptangeklagten um gut Weiter.

Das Gericht wird nun zu urteilen haben. Hoffentlich richtet es nicht gegen seine Standesgenossen Deycke, Altstädt und Klotz, sondern gegen die Angeklagten A, B und C, die durch ihre Fahrlässigkeit 78 Kinderleben vernichteten und viele schlimmern Siechtum auslieferten.

Streikabstimmung

Die Delegierten der nordfranzösischen Bergarbeitergewerkschaften haben in Lens beschlossen, am 7. Februar eine Streikabstimmung durchzuführen.

Am Himmel festgenagelt

Der Riesenscheinwerfer von Hendon / Hypertrophie des Rüstungswahnsinns

Während in Genf die kapitalistischen Diplomaten der Welt zur sogenannten „Abrüstungskonferenz“ zusammentreten, nimmt die Aufrüstung in der Welt immer gigantischere Formen an. Die Kriegstechniker aller kapitalistischen Länder überbieten einander in der Erfindung verheerender kriegerischer Mordwerkzeuge. In Deutschland berichtete die bürgerliche Presse vor kurzem mit stolzeschweltem Patriotismus, daß der Ingenieur Gerlich ein neues Geschöß mit rasanter Durchschlagskraft erfunden habe. Der folgende Bericht informiert über die neuesten „Schöpfungen“ der Zerstörungstechnik in England.

Schon im Weltkrieg, dessen Waffentechnik längst nicht mehr an die eines Zukunftskrieges heranreicht, waren an der Front sowohl wie im Hinterland, die Flugzeuge mit Grund gefürchtet. Und die Luftwaffe ist in den letzten Jahren in ungeahnter Weise „vervollkommnet“ worden! Es gibt Kampfflugzeuge und schwere Bombenflugzeuge; unter diesen gibt es wiederum Maschinen für Tag- und solche für Nachtflüge. Man spricht bereits davon, daß in Zukunft

die Bombenflugzeuge die Aufgabe haben werden, die schwere Artillerie überhaupt zu ersetzen,

und die eigentlichen Träger einer großen Offensive zu sein. In unablässigen Versuchen werden die Geschwindigkeiten dieser Maschinen immer höher getrieben, immer größer wird die Belastung durch Bomben, die man ihnen zumutet.

Außerordentliche Fortschritte macht dieser Zweig der Technik in England, und geradezu erstaunliche Einzelheiten liest man in einem Pressebericht. Dort findet man die überraschende Feststellung, daß das schwere Bombenflugzeug in Gefahr ist, durch die Verteidigungswaffen, die es auf den Plan gerufen hat, überholt zu werden. Die größte Bedeutung kommt

dem neuen Riesenscheinwerfer

zu, der von dem Major Jack Savage und seinen Mitarbeitern in Hendon konstruiert worden ist. Dieser Riesenscheinwerfer wird ein gefährlicher Feind des schweren Bombenflugzeugs werden, das während der Nacht seine Aktionen unternimmt. Der Lichtkegel, den er ans Firmament wirft, hat eine Stärke von 8 Milliarden Kerzen! Bei Versuchen wurde bereits festgestellt, daß man mit Hilfe dieser Lichtquelle

Flugzeuge in 5300 m Höhe aufspüren und verfolgen kann.

Der Lichtkegel ist aus 300 einzelnen Strahlenbündeln zusammengesetzt, was seine verschiedenartigste Anwendung erlaubt. Etwas ganz Neues ist die Scheinwerferstrahlung in Form eines Rostes. Der Kriegsteilnehmer weiß, daß die Front kartographisch in sogenannte Planquadrate eingeteilt war, auf denen die Berechnungen der Artillerie beruhten. Das Gegenstück dazu ist das himmlische Planquadrat. Der Riesenscheinwerfer von Hendon wirft mit seiner ungeheuren Lichtfülle einen Rost an den Himmel, der aus sechzehn Feldern besteht. Das Flugzeug, das in diesem leuchtenden Netz festgehalten wird, weiß nicht mehr, wie es sich verhalten soll, um nicht in das nächste leuchtende Feld zu geraten. Sobald es nur zwei dunkle Linien passiert hat, erhält die Abwehrartillerie auf der Erde automatisch genaue Angaben über die

Höhe, die Fahrt und die Richtung des Fliegers, Berechnungen, die sich sofort in schwerer Artilleriefeuer umsetzen. Ein Flugzeug findet sich also plötzlich „lokalisiert“, man könnte sagen, festgenagelt; der Rost, den der Riesenscheinwerfer an den Himmel zaubert, bedeckt ja eine ungeheure Fläche. Tönende Zeichengeber fixieren den Standort eines Eindringlings im Innern eines Feldes. Der gewaltige Lichtkegel kann seine Richtung in einem Winkel von 20 Grad nach jeder Seite hin ändern, so daß es ihm möglich ist,

jedes Flugzeug, das ihm durch den

tönenden Ansager angekündigt wird, zu „fassen“.

Der Riesenscheinwerfer ist aber nicht die einzige Waffe, an der die Technik der Abwehr schwerer Bombenflugzeuge im Augenblick arbeitet. In England wird auch der Spezialtyp eines Kampfflugzeuges konstruiert, das kleinkalibrige Kanonen mitführen kann. Die Geschwindigkeit soll dabei nicht beeinträchtigt werden, noch weniger natürlich die Sicherheit. Das Geschöß muß eine große Anfangsgeschwindigkeit haben, die Flugbahn muß lang und flach sein. Es sind große, ballistische Schwierigkeiten zu lösen. Wenn es

gelingt, das Kampfflugzeug mit einem Flachbahngeschöß auszurüsten, so wird dem schweren Bombenflugzeug ein Feind erwachsen, der es in gefährlichster Weise bedroht; den Vorsprung, den der Kampfflieger gewonnen hat, wird es so leicht nicht einholen.

Dieser Tatbestand zeigt den ganzen Irrsinn des Wettrennens. Wertvollste Kräfte der Menschheit erschöpfen sich in der Erfindung kriegerischer Waffen, statt ihre Kräfte zum Segen der Menschheit zu verwenden. Erst der Sieg des revolutionären Sozialismus wird diesem Wahnsinn ein Ende bereiten.

Soldatenschinder

Überall Deckung durch Klassenjustiz

Vor dem Prager Divisionsgericht hatten sich elf Offiziere und drei Unteroffiziere zu verantworten, welche angeklagt waren, Frequentanten der Leitmeritzer Schule für Reserveoffiziere in der unglaublichsten Weise schikaniert und mißhandelt zu haben. Bei der Verhandlung kam zur Sprache, daß es eine beliebte Strafe in vielen Garnisonen ist, daß Soldaten Patronen, welche ihnen auf die Erde gefallen waren, mit den Zähnen aus dem Kote herauszuholen müssen. Das geschieht so, daß der Soldat sich auf den Boden legt, die Hände auf den Rücken kreuzen muß und in dieser Lage die Patrone aufzuheben hat; öfters geschieht es dabei, daß Soldaten mit dem Gesicht in den Kot gestoßen werden. Das Urteil lautete auf Kerkerstrafen von fünf Tagen bis sechs Wochen, verschärft durch Einzelhaft. Verurteilt wurden von den 14 Angeklagten zehn, während vier aus Mangel an Beweisen freigesprochen wurden. Die Strafen sind bedingt auf ein Jahr, da keiner der Verurteilten vorbestraft ist. Auch die militärischen Grade wurden niemandem aberkannt. Die bürgerliche Klassenjustiz behandelt die Exzesse des Militarismus milde und nachsichtig . . .

Flugzeugunglück in Spanien

Tarragona, 1. Februar.

Bei dem Dorfe Gandesa stürzte ein kleines Sportflugzeug infolge dichten Nebels ab. Der Führer war ein Deutscher namens Albert Klug, der sich auf der Hochzeitsreise befand. Er und seine Frau kamen bei dem Unglück ums Leben. Zuerst nahm man an, daß es sich um den deutschen Kaufmann Eugen Klug handle, der in Sevilla wohnt. Erkundigungen ergaben aber, daß Eugen Klug der Bruder des Verunglückten ist.

Am Deutschlandsender erhängt

Königswusterhausen, 1. Februar.

Am Deutschlandsender bei Zeesee wurde ein etwa 42jähriger Mann erhängt aufgefunden. Der Mann, der gut bekleidet war, scheint aus besseren Kreisen zu stammen. In der Brieftasche des Toten fand man 150 000 ungarische Kronen aus der Inflationszeit und 36 Reichspfennige. Die Monogramme waren aus der Kleidung herausgetrennt. Alle Anhaltspunkte über die Persönlichkeit fehlen.

Wie Herr von Hindenburg notleidender Landwirt wurde

Wir feiern jetzt in Berlin „Grüne Woche“. Bei der Einweihungsfestlichkeit, draußen auf dem Messegelände, überbrachte der Reichsminister „für“ Volksernährung, Herr Schiele, die Grüße des Herrn Reichspräsidenten an die notleidenden Landwirte. Dies war sehr begreiflich, denn Herr von Hindenburg gehört selbst zu dieser Kategorie. Wie er dahin kam, das ist eine Geschichte, wohl wert, erzählt zu werden. Sie hat in gewisser Beziehung Ähnlichkeit mit der Fabel des alten Homer vom trojanischen Pferd, dem berühmten Geschenk der Danaer an die gute Stadt Troja, das der letzteren so übel bekam.

Als nämlich Herr von Hindenburg im Oktober 1927 seinen achtzigsten Geburtstag feierte, da schenkte ihm die vereingte rheinisch-westfälische Schwerindustrie als Ehrengabe das Gut Neudeck in Westpreußen. Den Rat, gerade Neudeck zu schenken, hatte aber der alte Freund Hindenburgs, der königliche Kammerherr Elard von Oldenburg gegeben, der auf dem Gute Januschau sitzt und seinen Roggen baut. Januschau und Neudeck aber sind Nachbargüter. Wer kann es einem alten Landedelmann verdenken, wenn er seinen Jugendfreund so gewissermaßen als Gutsnachbar gewinnen will. Gut Neudeck war vorher im Besitz eines völlig verarmten Zweiges der Familie von Hindenburg gewesen und demgemäß gründlich heruntergewirtschaftet. Die Hypothekenschulden sahen aus jedem Fenster und der Ankauf durch die Industriellen rettete das Besitztum knapp vor der arrendenden Substanz. Das gesammelte Geld reichte übrigens keineswegs hin, nun gleich alle Schulden auf einmal abzulösen und wir glauben, recht unterrichtet zu sein, wenn wir es aussprechen, daß solches wohl auch kaum im Sinn des Herrn von Oldenburg-Januschau gewesen wäre.

Herr von Hindenburg flucht nämlich seit dieser Zeit bei jedem Quartalswechsel darüber, einen wie großen Teil seines Reichspräsidentenanteils er regelmäßig nach Neudeck überweisen lassen muß.

So wurde Herr von Hindenburg notleidender Landwirt; so lernte er die Sorgen und Nöte der notleidenden Landwirtschaft verstehen; und so entsproß in ihm auch die persönliche Ueberzeugung, daß diesem notleidenden Stande geholfen werden müsse.

A. Kopp.

Wissenschaft im Dienste des Proletariats

Moskau, 1. Februar.

Gestern wurde die 17. Parteikonferenz während der Debatte über den Bericht Ordsonnikidzes durch eine Delegation der Akademie der Wissenschaften der Sowjetunion begrüßt, die aus Wolgin, Joffe und Kurnakow bestand. Wie die Telegraphen-Agentur der Sowjetunion berichtet, betonte Wolgin, daß 1931 das Jahr des entscheidenden Ueberganges der Akademie der Wissenschaften zur wissenschaftlichen Bearbeitung der Fragen der sozialistischen Wirtschaft gewesen sei. Die Lösung „Ueberholung der vorgeschrittensten kapitalistischen Länder in technischer Beziehung“ habe die wissenschaftlichen Kräfte der Sowjetunion vereinigt. Wolgin erklärte weiter, daß die Entstehung neuer Zentren des Wirtschaftslebens von der Akademie der Wissenschaften die Schaffung einer Reihe von Abteilungen in der Provinz erforderte. Im laufenden Jahre habe die Akademie mit der Organisation von Abteilungen im Ural, Westsibirien, Ostsibirien, Fernen Osten, Transkaukasien und Mittelasien begonnen. Joffe wies darauf hin, daß die Sowjetphysik sich auf die vorgeschrittene Technik stütze, was einige Jahre früher nicht der Fall gewesen sei, und was der Sowjetwissenschaft breite Möglichkeiten eröffne. Joffe und Kurnakow machten schließlich die Konferenz mit den letzten Errungenschaften ihrer Institute auf dem Gebiete der Physik und Chemie bekannt, die für die Sowjetwirtschaft gewaltige theoretische und praktische Bedeutung hätten. Die Mitteilungen der Akademiker wurden von der Konferenz mit großem Interesse angehört.

Die schwarzen Pocken in Schweden

Da in Südschweden täglich mehrere neue Pockenerkrankungen vorgekommen sind, herrscht in Malmö, sowie in der Umgebung große Nervosität. Die Aerzte vermögen kaum den Andrang der Personen zu befriedigen, die sofort geimpft werden wollen. In Malmö entstand am Sonntag große Erregung, weil eine erwartete Sendung von 50 000 Ampullen Lymphe ausblieb. Schließlich wurde im Flugzeug eine größere Menge Impferum von Kopenhagen nach Malmö überführt. Während in Malmö selbst seit Sonnabend keine neue Erkrankung festgestellt werden konnte, hat sich in Christianstad ein neuer Krankheitsfall ereignet. In ganz Schweden werden strengste Vorsichtsmaßnahmen getroffen.

Leser werbt für die SAZ



DIE EINZIG RICHTIGE

JUNO

6 STÜCK 20 ₤

JOSETTI

➤ IHRER GÜTE WEGEN BERLINS MEISTGERAUCHTE CIGARETTE 0/M. <

Arbeiter-Sport vom Sonntag

Entscheidungen und Ueberraschungen

bei den Spielen um die Kreismeisterschaften im Fußball

Die Runde der drei letzten Anwärter auf die Sachsenmeisterschaft hat mit einem 4:4-Ergebnis zwischen Riesa und Niederhäslein (Ergebnis) begonnen. Niederhäslein, das allgemein als Sieger erwartet wurde, führte bereits mit 3:1, dann kam Riasas Sturm in ausgezeichnete Form und schaffte den Ausgleich. 5000 Zuschauer.

Fr. Turnersch. München Südbayrischer Meister

Das Wiederholungsspiel gegen Vorwärts-Augsburg wurde 6:0 (1:0) gewonnen. Nachdem das 2. Tor für München gefallen war, spielte Augsburg eine Viertelstunde so zusammenhanglos, daß München in dieser Zeit die weiteren Tore schießen konnte. Das erste Spiel beider Gegner endete 1:1.

Obersprockhövel wieder Westdeutscher Meister

Der Titelverteidiger von Rheinland-Westfalen schlug Wanne 5:1 (2:1). Wannes Niederlage ist in dieser Höhe nicht verdient. Obersprockhövel löst den knappen Torvorsprung bis zum Wechsel nur durch die gute Abwehr seines Torwarts. Nach Seitenwechsel ließ Wanne Läuferreihe etwas nach, so daß gegen Schluß Obersprockhövel immer mehr und mehr aufkam.

Kickers-Ludwigshafen/Rh. Meister von Baden-Pfalz

Das Endspiel brachte die überraschende 1:3-Niederlage des alten Meisters Hagsfeld, der bereits zur Halbzeit mit 0:1 im Nachteil war.

Cottbus 93 endgültig Lausitzer Meister

Wie nicht anders zu erwarten, schlug Cottbus den Landsberger Bezirksmeister Schönlanke auch im zweiten Spiel sicher. Ergebnis 5:0 (2:0). Cottbus ist somit als Lausitzer Meister der Nachfolger des MTV Weißwasser geworden.

In Württemberg Neckargartach und Münster Endspielgegner

Die Teilnahmeberechtigung zum Schlußspiel holte sich Neckargartach durch einen 4:0-Sieg über Sindelfingen und Münster durch ein 4:2-Ergebnis gegen Schramberg.

Eine Wendung im Kreis Hessen-Mittelrhein

Die zweite Meisterschaftsrunde begann mit der Siegesunterbrechung von Naumheim, das gegen Frankfurt-Bornheim 2:3 verlor. Egelsbach schlug Frankfurt-Bockenheim 5:3 und führt.

Ueberraschung in Nordwestdeutschland

Um die Südgruppenmeisterschaft gewann Hildesheim über Fichte-Bielefeld 7:0 und schaffte dadurch Punktzugleichheit. Ein neues Entscheidungsspiel muß stattfinden. Porta Neesen-Osnabrück 5:2.

Um die Handballmeisterschaft von Hessen-Mittelrhein

Frankfurt-Bockenheim, der Sieger über Neustadt, ließ sich von Oberrodern 3:1 schlagen, so daß Darmstadt mit Oberrodern die Entscheidung ausmacht.

„Cheruskia“ Stuttgart, Württembergischer Meister im Ringen

„Cheruskia“ brachte es gegen Heidenheim mit 11:3 Punkten zu einem entscheidenden Sieg um die Landesmeisterschaft im Mannschaftsringen.

Spielvereinigung 23 wieder vogtländischer Meister

Das Spiel in Raschau war ein harter Kampf, zu dem sich eine große Anzahl Zuschauer eingefunden hatte. Rempesgrün stellte eine gleichzeitige Mannschaft auf den Platz, die besonders in der Hintermannschaft eine gute Stütze hatte. Bei Spielvereinigung 23 war das Schlußdreieck ebenfalls ausgezeichnet. Auch sonst überraschte die Mannschaft nach der angenehmen Seite.

Beide Mannschaften gingen merkwürdigerweise sehr aufgeregt ins Zeug, und das Spiel ließ daher die Uebersicht vermissen. Spielvereinigung gab das Tempo an, der Gegner war auch sehr munter und machte alle Angriffe illusorisch. Oelsnitz konnte aber dann zweimal durchbrechen und den Halbzeitstand 0:2 herstellen.

Nach Wiederanstoß ging Rempesgrün tüchtig aus sich heraus, was der Mannschaft jedoch nichts half. Spielvereinigung verwandelte Tor eine Flanke, und das vierte und letzte Tor kam durch einen Elfmeter.

Spielvereinigung 23 hat also seinen Meistertitel wirksam verteidigen können. Der Sonntag brachte im Vogtland außer dem Meisterschaftsspiel noch folgende interessante Treffen: Sparta-Kürbitz—Ellefeld 2:0!!! Treuen—Lauterbach 1:2; Kleinfriesen—Wacker 4:3; Rodewisch—Falkenstein 4:2; Rebesgrün—Grün 4:0.

2. Klasse:

Haselbrunn—Greiz-Sachsitz 3:4 (3:0); Eiche 5. Abtlg.—Pausa 1:5; Eintracht—Bösenbrunn 1:2:1; Sparta-Kürbitz—Ellefeld 0:3; Treuen—Ruppertsgrün 1:3:0; Kleinfriesen—Wacker 4:3; Spielv. 23—Eiche 5. Abtlg., Altersmannschaft 5:1.

Ein weiteres Sportereignis am Sonntag war das Spiel zwischen der Mannschaft der 2. Abt. I (Bezirksmeister) und der Auswahlmannschaft des 8. Bezirks, das 3:8 (0:3)

Adler 08 Meister der B-Gruppe

Teltow haushoch geschlagen — Handball-Kreismeister muß sich erneut beugen

Zweifellos hatte sich Teltow etwas vorgenommen in diesem letzten Serienspiel. Gleich in der ersten Minute ging die Mannschaft in Führung, aber Adler ließ auf den Ausgleich nicht warten. Aber wieder gelang es Teltow, ein Tor aufzubolen. Die Adlerleute verwandelten dann eine Flanke zum Gleichstand.

In der ersten Hälfte war's also ein ausgeglichenes Spiel, ganz anders aber nach der Pause. In aufopferungsvollem Spiel holt Adler mächtig auf und drängt Teltow vollkommen zurück. 11:2 heißt das Resultat am Schluß des Spieles, durch das Adler 08 Meister der Gruppe B geworden ist. — Im Spiel der zweiten Mannschaften konnte ebenfalls Adler mit 4:1 (1:1) über Teltow triumphieren.

Weitere Resultate.

Vorwärts-Wedding—Staken 6:0 (2:0). Vorwärts-Wedding II—Staken II 5:0 (2:0). Vorwärts-Wedding III gegen Süd-Ost III 4:0 (2:0). Hansa 31 I—Eintr. Spandau I 3:0 (2:0). Hansa 31 II—Eintr. Spandau II 4:1. Hansa 31 III—Pankow III 2:5. Normanna—Süd-Ost 5:0 (3:0). Normanna II—Süd-Ost II 3:3 (2:2). Normanna III gegen Döllgen 6:1 (3:1). Wacker 30—Britz 8:1 (6:1). Butab—Volksp. Nk. 2:3 (2:2). Butab II—Volksp. Nk. II 1:1 (0:0).

Jugend.

Vorw.—Wedding—Staken I 3:3. Hansa-Schül.—Luck. III Schuler 2:7.

Auch in der Odegruppe wurden recht interessante Kämpfe ausgetragen. In

ASV II und F. b. Hertha II

standen sich zwei ziemlich gleichwertige Gegner gegenüber. ASV hat Anstoß, wird aber sofort von Hertha zurückgedrängt. Durch gutes Zusammenspiel sendet ASV den Führungstreffer ein. Hertha kann aber bereits nach kurzer Zeit gleichziehen. In der zweiten Halbzeit ist Hertha führend, kann aber keinen Erfolg erzielen. ASV gelingt es zeitweise, sich freizumachen. Durch guten Sologang des Halbrechten wird der Führungstreffer verwandelt. Sämtliche von Hertha aufs Tor geschossenen Bälle konnte der Schlußmann von ASV abwehren bzw. halten. Der Schiedsrichter war einwandfrei. Resultat: 2:1.

Auswahl gegen die Trainingsmannschaft

4:2 (1:0).

Vor einer stattlichen Zahl Zuschauer lieferte die Auswahl ein schwaches Spiel, das, wenn es im Sturm bei der Trainingsmannschaft besser geklappt hätte, für die Auswahl verloren wäre. Einzig und allein

endete. Des Bezirksmeisters Spiel entsprach nicht den Erwartungen, aber auch die Auswahlmannschaft ließ in den letzten zwanzig Minuten sehr nach. Die schlechte Abwehrarbeit und dazu noch die Herausstellung eines Spielers machte es dem guten Torer der 2. Abteilung unmöglich, die hohe Niederlage abzuwenden. Im übrigen müßte sich der Bezirksmeister eine ruhigere und flottere Spielweise angewöhnen. Auch die Eigenbrödeleien müssen in Wegfall kommen, wenn die Mannschaft in den kommenden Meisterschaftsspielen seinen Bezirk würdig vertreten will.

Spielresultate aus Sachsen

Handball

Dresden Altstadt—Dresden Neustadt 5:1.

Die A-Mannschaft hatte den Vorteil des schußgewaltigen Sturmes aus der Meistereif Coschütz, sowie eine stabile Läuferreihe, der die Hintermannschaft nicht im geringsten nachstand. Unüberwindlich war der Hüter der Städtemannschaft. Die Neustädter mußten von vornherein auf einen ihrer besten Spieler verzichten. Der Sturm war hilflos, weiterhin fehlte ihm die Schlußkraft. Die Verteidigung versuchte mit allen Mitteln die Niederlage aufzuhalten. Der Schlußmann zeigte sich recht zerrfahren. Beiden Mannschaften fehlte das Bedienen der Außenleute im Sturm. Der Sieg der Altstädter war selbst in dieser Höhe verdient.

Bezirk Dresden: Cotta—Rebanau 4:2. Freit. Tennisvereinigung—Saueritz 3:5. Palitz—Kamenz 5:6. Rähnitz—Radeberg 7:5. Neustadt—Turner—Altstadt 7:1.

Bezirk Mittweida—Döbeln: Banchütz—Nossen 6:1. Hartha gegen Waldheim 3:4. Roßwein—Neudorf 7:3.

Bezirk Erzgebirge: Schneeberg—Aue 4:5.

Bezirk Zwickau: Planitz—Zwickau 6:9. Wilkau—Crimmitschau Turner 10:8. Cainsdorf—Niederhäslein 2:5. Stocken—Verdaun 3:4. Lichtenau—Reinsdorf 2:3.

Bezirk Freital-Freiberg: Zugunsten der Winterhilfe spielte die Freitaler Auswahlmannschaft gegen den Dresdner Ballspiel-Verein 1915 9:7.

Bezirk Pirna: Pirna—Heidenau 3:6. Hermsdorf—Pabzdorf 6:5.

Bezirk Riesa: Sportvereinigung Riesa—Elsterwerda 8:1. Weinböhla—Meißen 1:4. Strebla—Wohla 2:5.

Bezirk Leipzig: Eintracht—Vorwärts Süd 3:9. Ostvorstadt—Amicitia 7:1. Paunsdorf—Wahren 5:0. Südost—Vorwärts Würzen 4:2. Gohlis—Grotzsch 8:7. Eilenburg—Zschortau 3:4.

Raffball: Wackau—Schönfeld 5:8. Südost gegen Engelsdorf 6:5.

Hockey: Amateure 04—Ostvorstadt 2:1. Eiche—Lindenau 5:0.

Fußball

Dresden-Stadt—Dresden-Land 4:4.

Freital Potschappel und Birkigt komb.—komb.

Auswahl der 2a-Klasse Freital 6:2.

Beide Spiele hatten sich eines guten Besuchs zu erfreuen. Zum Spiel in Freital waren etwa 1000 Zuschauer anwesend. Die 2a-Mannschaft ersetzten das fehlende technische Können durch sehr großen Eifer, konnten aber damit eine Niederlage auch nicht abwenden. So ließen sie zwei Elfmeter unausgenutzt. — Zum Dresdner Spiel, wo 2000 Zuschauer Zeuge waren, wäre zu sagen, daß die Bodenverhältnisse an die Spieler sehr große Anforderungen stellten. Die Zuschauer wurden vom Tempo des Spieles mehrmals mit fortgerissen. Die Stadtmannschaft hatte fast während des ganzen Spieles der Landmannschaft ein kleines Plus voraus, doch ist das Ergebnis als gerecht anzusprechen.

war es die Hintermannschaft und die beiden halben Stürmer, die besonders auffielen. Die Trainingsmannschaft dagegen — Tor, Verteidigung und Stürmer waren Vorwärtsspieler, die Läufer von Odeberg — zeigten ein teilweise besseres Spiel. Bis 20 Minuten vor Schluß führte die Auswahl 2:0. Da war es der Halblinke, der kurz hintereinander die zwei Tore für die Trainingsmannschaft aufholte. Ein drittes Tor wurde durch den Mittelstürmer verhindert. In den letzten 5 Minuten zeigten beide Mannschaften kein richtiges Interesse. Der Schiedsrichter hatte das Spiel stets in der Hand.

Tabellenletztler schlägt Handball-Kreismeister

Die am Ende der Tabelle stehende FT. Velten brachte es fertig, dem Kreismeister Volksp. Wedding die zweite Niederlage beizubringen. Es ist zu bemerken, daß Velten jederzeit ein gleichwertiger Gegner war und eine sehr flüssige Kombination mit sehr genauem Zuspiel an den Tag legte. Hierdurch wurde Weddings ganzer Zusammenhang wohl am meisten gestört. Als es 3:3 hieß, hatte das Spiel seinen Höhepunkt. Plötzlich schloß Velten im Anschluß an einen Strafwurf das Siegestor und gewann damit die Punkte. —

In Hennigsdorf ging das Treffen zwischen der Freien Turnerschaft und FTGB. Osten sehr gleichwertig vonstatten. Lediglich die Leistungen des Ostentorwarts sicherten dann einen glücklichen 3:2- (2:1) Sieg. — FrT. u. Sportv. Nowawes war Eiche Cöpenick mit 7:4 (3:1) überlegen. — In der Abteilung B ist die FTGB. Süden weiterhin tonangebend, denn Eintracht-Mahlsdorf verlor 12:0 (4:0). — Volksp. Neukölln setzte sich gegen FTGB. Oberspre mit 8:1 (3:1) durch.

Bezirksklasse Osten: Der TSV. Kaulsdorf und Friesen-Fürstentum waren gut in Fahrt und spielten beinahe erstklassig. Die Gleichwertigkeit in der ersten Hälfte kam mit 4:3 gut zum Ausdruck. Nachher arbeitet Kaulsdorf besser und kommt zum 6:3-Sieg. — FTGB. Osten II—Athletik Sport Club 0:3 (0:1). Eiche Bohnsdorf—FTGB. Lichtenberg 3:5 (0:2). VfL. Ostring—FC. Oberspre 2:1. — Frauen: FrT. u. SV. Nowawes—Eiche Cöpenick 1:5. — Gesellschaftsspiele: FTGB. Osten I—Tennis-Wedding 3:3. TSV. Kaulsdorf II—BSV. Pankow 3:1 (2:0). Berliner Schwimm-Union—Charlottenburger Schwimmklub 2:0. — Frauen: TSV. Kaulsdorf—Sportverein Moabit 0:0.

Neustadt—Klotzsche 2:1. Coswig—Bannwitz 3:1. Süd-Fortschritt 1:2. Straßenbahn—Kreischka 1:5. Heidenau—Eintracht 5:2. Heidenau—Potschappel 1:3. Radeberg—Lucke 10:2. Sauerwitz—09 1:1. Zschortau—Lobtau 4:0.

Bezirk Leipzig: Südost—Amateure 3:1. Vorwärts West—Fußball 3:0. Preußen—Wahren 4:4. Paunsdorf—Gutzsch 1:1. Viktoria 06—West 0:3:0. Kieritzsch—Maukau 5:1. Schiefel 03—Mersburg 7:2. Freischlag auf Würzen. Engelsdorf 1:0. Eutha—Vorwärts Altenburg 5:2. Thekla—Grüna 6:2. Pezau—Südost 5:3. Dürrenberg—Sportklub 0:2:2.

Bezirk Chemnitz: Clauscha—Grüna 6:4. Stollberg—Ursprung 5:1. Obernaun—Preanto 1:3. Friesen—Euba 4:2. Neukantitz—Mittelberg 2:3. Eintracht—Frankenberg 0:3. Siegmund—Neukirchen 2:4. Hainichen—Bohrgen 3:5. Schöna—Fortuna 3:5. Vorwärts—Friedrich 3:3. Kuckund—Rapid 7:2.

Bezirk Mittweida: Altmittweida—Jahn Mittweida 1:3. Nossen—Waldheim 4:1. Geringswalde—Hartha 5:1. Seifenbach—Roßwein 2:4. DBC Döbeln—Clausnitz 5:2.

Bezirk Zwickau: Netzschkau—Aue 5:11. Crimmitschau gegen Schneeberg 5:1. Planitz—Zwickau 3:0. Cainsdorf—Oberhäslein 2:3. Reichenbach—Pöhlau 5:1. Wilkau—Merzthal 8:3.

Bezirk Erzgebirge: Wolkstein—Neundorf 1:4. Burkhardt—Bernsdorf 6:2. Homersdorf—Zwickau 5:1. Geierau—Freit. Chemnitz 0:3. Zschopau—Krumhermsdorf 8:0. Neundorf—Wagner 3:4. Ehrenfriedersdorf—Auerbach 10:1. Suisenfeld—Aue 3:2. Streitzwald—Bereiditz 1:4.

Bezirk Burgstädt-Limbach: Burgstädt—Auerwald 2:3. Ebersdorf—Rudersdorf 5:1. Burgstädt—Bertelsdorf 1:1. Wittgensdorf—Glosa 1:2. Herrnenne—Weitzschburg 4:3.

Proletarische Helden

Arbeiterschwimmer retteten 788 Menschen

Der Arbeiter-Wasserrettungsdienst des Deutschen Arbeiter-Turn- und Sportbundes hat im Jahre 1931 die Zahl seiner Wachen an den Flüssen und Seen des Reichsgebietes von 205 auf 260 erhöhen können. 788 Menschen, die mit dem Tode des Ertrinkens rangen, wurden von den Arbeiter-Wassersportlern aus den Fluten gerettet. Die Zahl der freiwillig geleisteten Dienststunden stieg von 129 942 auf 173 094.

Schlesische Sportnachrichten

Arbeiter-Athleten-Bund Breslau. Die Bezirksvorstandssitzung findet erst am Sonnabend, 6. 2., bei Velzig, Burgstraße, statt.

Bezirkspielschluß. Die Freien Turnerschaften Brieg und Chlaus erhalten Spielverbot wegen Nichterscheinens des Vereinsführers.

Arbeiter-Radio-Bund Deutschlands, Ortsgruppe Breslau

Die Ortsgruppe teilt mit, daß ihr Geschäftsführender Vorstand sich wie folgt zusammensetzt: 1. Vorsitzender: Josef Heusel (Verlängerter Lehramtsam., Riegerhaus); 2. Vorsitzender: Helmut Deutsch (Königsplatz, Str. 7); technischer Leiter: Paul Wagner (Promnitzstraße 46); technischer Leiter der Kurzwellegruppe: Bittner (Schiefwenderplatz 13); Kassierer: Paul Berthel (Gothestraße 82).

Die Gruppe Zentrum beginnt am 6. Februar mit einem Radio-Kursus für Anfänger (18 Uhr) und einem Kurzwellekursus (20 Uhr) im Heim Paradiesstraße 17.

Die nächste Monatsversammlung findet am 4. Februar statt. Vortrag: Funkprogramme 1932.

Zusammenkünfte:

Gruppe Zentrum: Jeden Donnerstag im Heim, Paradiesstraße 17. Beginn 19.30 Uhr.

Gruppe West: Jeden Freitag, Schiedels Gaststätte, Promnitzstraße 46. Beginn 19.30 Uhr.

Gruppe Breslau-Deutsch-Lissa: Jeden Dienstag, 19.30 Uhr, Wolfs Gaststätte, Neumärker Straße.

Gruppe Breslau-Zimpel: Jeden Freitag, 19.30 Uhr, bei Witte, Zwickauer Straße.

Soziale Radioklasse: Jeden Donnerstag im Heim, Paradiesstraße 17, von 16 bis 18.30 Uhr.

Kurzwellegruppe Zentrum: Jeden Sonnabend, 19.30 Uhr, im Heim Paradiesstraße 17.

Kurzwellegruppe West: Schiedels Gaststätte, Promnitzstraße 46.

Bezirksklasse Norden: Sportverein Moabit—ASV. Wedding 5:2 (4:1). FT. Velten II—Volksp. Wedding Turner 8:2. Sportverein Moabit II—ASV. Wedding II 4:2. — Frauen: FT. Hennigsdorf—Volksp. Wedding 0:5 (0:2).

Bezirksklasse Westen: FT. Bornstedt—FTGB. Spandau 3:1 (0:0).

Bezirksklasse Süden: Volksp. Neukölln II—FTGB. Süden II 2:1 (2:0). FTGB. Lankwitz—FTGB. Süden III 2:3 (0:0).

Hellas siegt im Wasserball

mit 12:0 über Freiheit

Freiheit zeigte in diesem Spiel nicht die erwarteten Leistungen und blieb damit weit hinter dem sonstigen Können zurück. Große Zerfahrenheit im Zuspiel und mangelnde Ausnutzung des schwimmerischen Könnens machten es dem Gegner leicht, diesen überlegenen Erfolg zu landen. Hellas spielte wie immer taktisch gut, auch balltechnisch ohne Tadel.

Beim Hockey dominiert Tennis-Rot

Tennis-Rot konnte sich auch weiterhin über Ostring 2 mit 3:2 behaupten. Der Sieger gewann durch ein flüssiges, erfolgreiches Paßspiel. Die bisher ungeschlagenen Volksp. Neukölln-Britz mußten ihren ersten Punkt durch ein glückliches Unentschieden 2:2 gegen die eifrigen Tempelhof der Freien Turnerschaft Groß-Berlin abgeben. Ostring I konnte sich im Spiel gegen den ASV. Moabit nicht durchsetzen und verlor mit 2:3 Toren, wobei die bessere Stürmerleistung den Ausschlag gab. Mit 4:2 Toren siegte der Feie Hockey-Club Spandau jederzeit besser gegen den Athletik-Sportklub. Der ASV. Schöneberg 07 und Neukölln-Britz 2 trennten sich unentschieden 1:1.

Bei den Frauen siegte Tennis-Rot 1 erneut im Rückspiel gegen Ostring mit 2:1.

Weitere Resultate: Athletik-Sportklub 2 gegen FHC. Spandau 2 mit 2:1. VfL. Ostring 3 gegen Tennis-Rot 3 mit 5:2.

Der Waldlauf in den Rehbergen

Vor rund 1500 Zuschauern fand am Sonntag, dem 31. Januar im Volkspark Rehberge der Waldlauf des ASV „Wedding“ statt. Das prächtige Wetter trug zum guten Gelingen der Veranstaltung bei und sorgte auch für zahlreiche Nachmeldungen. Gegen 200 Teilnehmern stellten sich um 3 Uhr dem Starter. Nachfolgend die Resultate:

1000 Meter Einzellauf der Frauen: 1. Schoedel II-FT. Hennigsdorf 8:55; 2. Schoedel I-FT. Hennigsdorf 5 zu zurück; 3. Ratey-Reinickendorf-West; 4. Hanke-ASV. Rot-Weiß; 5. Helbig-FS. Fichte.

5000 Meter Einzellauf, Männer: 1. Leistikow-ASC. Berlin 17:33; 2. Czeische-Ruderverein Vorwärts-Berlin 17:33; 3. K. Bergens-Schönau; 4. Bohme-ASV. Rot-Weiß; 5. Knope-SV. Moabit.

2000 Meter, ältere Sportler: 1. Förster-Fr. Lehrer Sportvereinigung Berlin 6:50; 2. E. Goltz; 3. G. Goltz beide ASV. Wedding.

2000 Meter Jugend; Einzellauf: 1. F. Goltz-ASV. Wedding 6:44; 2. Julke-VfK. Proles 6:49; 3. Schlicht-Proles 6:49; 4. Seidel ASV. Wedding.

Mannschaftswertung: VfK. Proles I 10 Punkte; ASV. Wedding I 13 Punkte; VfK. Proles II 30 Punkte; FS. Fichte 31 Punkte.

3000 Meter Mannschaftslauf der Männer: (4 Mann gleich 1 Mannschaft, 3 geschlossen durchs Ziel). 1. ASC. I 9:56; 2. ASV. Schöneberg 10:05; 3. ASV. Wedding 10:20; 4. ASC. II.

3000 Meterlauf der Spieler: (11 Mann geschlossen durchs Ziel). 1. ASV. Rot-Weiß 10:42; 2. FS. Fichte.

Fußballtag des I. Kreises

Der stark besuchte Kreisfußballtag des 1. Kreises am Sonntag zeigte, daß trotz aller faschistischen Maßnahmen die Arbeitersportbewegung unaufhaltsam vorwärts schreitet. Aller Wirtschaftskrise zum Trotz hat sich die Mitgliederzahl in den beiden Berichtsjahren nahezu verdoppelt (3440). Interessant war die Feststellung des Kreisleiters, die auch von dem anwesenden Bundesfußballer Riedel für andere Kreise zugegeben wurde, daß sozialistisch organisierte Prominente sehr stark für die bürgerliche Bewegung tätig sind. Die Tagung befaßte sich sehr eingehend mit der Jugendfrage und nahm mehrere Anträge an, so die Einrichtung einer Jugenddecke im Kreisblatt, die Lieferung eines Freixemplares für die Schülermannschaften. Daß der Rundfunk die laufende Ansage der Ergebnisse der Arbeitersportler verweigert, nimmt bei der gegenwärtigen Lage nicht Wunder. Der Genosse Riedel zeigte sehr eindringlich die Verantwortung, die Führer und Mitgliedschaft nicht nur für die sportliche Erziehung des Nachwuchses, sondern auch für die proletarische Gesamtbewegung haben. Wir freuen uns, daß er den Neutralitätsdünkel vieler politischer Führer offen ablehnte und für den gemeinsamen Kampf trotz aller Meinungsverschiedenheit in der politischen Auffassung eintrat. Ein taktischer Fehler war es nach unserer Ansicht, in diese Tagung den Begriff der „Eisernen Front“ hereinzutragen. Eine Debatte darüber hätte ihm jedenfalls gezeigt, daß die Mitgliedschaft anders darüber denkt als die oberen Funktionäre. Der Gen. Malina wies in einer Erklärung auf die Gefahr einer solchen Stellungnahme hin, wobei er sich auf die Tatsache stützen konnte, daß von den anwesender 62 Delegierten nur 24 (!) politisch organisiert waren und die nicht einmal alle bei der SPD.

Die wichtigste Frage über die Beibehaltung der Bezirksklasse oder deren Abschaffung wurde nicht gelöst, die Mannschaftsmeldebüher wurde abgeschafft und an ihre Stelle eine Spielberechtigungsmappe gesetzt. Die Meldestelle wird zentral gelegt und einstimmig die Einrichtung eines Fußballpresdienstes beschlossen.

Die Neuwahl der Kreisleitung ergibt folgende Zusammensetzung: Spartenleiter: Schönmann; 2. Leiter: Schwendner; Techniker: Brückmann; Jugendleiter: Holtfoth; Presse: Malina; Schiedsrichter: Brückmann; Zentralstelle: Bauer; Revisoren: Zellert der 1. 2. und 4. Bezirk je einen. Verhandlungsausschuß: Jeder Bezirk schlägt einen Vertreter vor

Alsdorf bei Aachen

Unfall durch Gasvergiftung auf der Zechenanlage „Adolf“ bei Streiffeld. Ein viersteiger schickte einen Bergschüler einen Aufbau hinauf, damit dieser auf der anderen Seite Klopfeisen gebe. Nach langem vergeblichem Warten, nichts Gutes ahnend, begab der Steiger sich zum Aufbau und fand den Bergschüler bei erloschener Lampe liegend, bewußlos auf. Der Bergschüler war in Schlagwetter geraten. Nach zweistündigen Wiederbelebungsversuchen erst kam er wieder zu Bewußtsein. Dieser Unfall beweist wieder treffend, wie leichtfertig mit Menschenleben umgegangen wird. Kein Beamter hat das Recht, einem Arbeiter zu einem gestundeten Betriebspunkt zu befehlen, es sei denn, daß dieser noch genügend bewußt ist. Hier war das nicht der Fall, sonst konnten im Aufbau sich keine Schlagwetter angesammelt haben. Von einem Bergarbeiter wird verlangt, daß er die Gefährlichkeit der Schlagwetter erkennt. Um so mehr müssen Steiger und Bergschüler die Gefährlichkeit der Schlagwetter erkennen. Es war daher ein leichtfertiger Befehl vom Steiger, den Bergschüler im Aufbau zu schicken. Nach der Katastrophe auf „Anna II“ sollten mehr Arbeiterkontrollen im Wurmbergbau eingestellt werden. Nach den mittlerweile verfloßenen anderthalb Jahren ist noch nicht das geringste geschehen.

Auf den Schachtanlagen des EBV sind am 30. Januar rund 200 Bergarbeiter zur Entlassung gekommen, und soll am 1. Februar wieder eine Anzahl gekündigt werden. Lohnabbau, Feierschichten, Bergarbeiterentlassungen und eine nicht entsprechende Preissenkung können niemals eine Wirtschaft heben.

Osnabrück

Kaffeekränzchen bei der „Eisernen Front“. „Eiserne Front“, das soll sein eine Kampffront gegen den Nationalsozialismus, eine Front, gebildet mit dem Kommando „Augen rechts!“ Also „Eiserne Front“ nur mit bürgerlichen Parteien zusammen. Es wird da viel geredet davon, daß man gewillt sein müsse, sein Leben aufs Spiel zu setzen, und die Ebert und Genossen hätten auch ihr Leben gewagt. Und das alles wird dann den Proleten schmackhaft gemacht bei — nun, bei Kaffeekränzchen der „Eisernen Front“. So steht z. B. in der Osnabrücker Freien Presse, daß für den Februar ein geselliger Abend der SPD mit Damen geplant sei. Es ist gerade so, als wenn der Schützenverein seine mit Skat und etlichen Schoppen ausgefüllten sogenannten Herrenabende, wo die Frau schön zu Hause bleiben muß, angenehm unterbricht mit einem „geselligen Abend mit Damen“.

Frankfurt a. M.

„Eiserne Front.“ Am Sonntag veranstaltete die Sozialdemokratische Partei eine Kundgebung der „Eisernen Front.“ Der Versammlungsraum, das Schumann-Theater, war bis auf den letzten Platz besetzt. Unter den SPD-Proleten herrschte Kampfeswille. Schade nur, daß dieser Kampfeswille für eine absolut ziellose Politik mißbraucht wird. Das Parteivorstandsmitglied der SPD, Vogel, Berlin, sprach. An sich ist Vogel ein guter Sprecher. Aber was er brachte, war nur die Verteidigung einer bankrotten Politik: Wir wissen, daß nach Brüning eine noch schlechtere Regierung kommt, also verteidigen wir die gegenwärtige Regierung. Die Sozialdemokratie ist für Völkerverständigung. (Darum stimmt sie für Wehretat und Panzerkreuzer!) Hätte die Sozialdemokratie am 14. September 1930 nicht toleriert, so hätten wir jetzt eine Rechtsregierung. Die Sozialdemokratie ist für die Demokratie, aber wenn man die Demokratie antastet, dann wird sie zeigen, was sie kann. Die „Eiserne Front“ hat das Entscheidende dazu getan, daß die Nazis nicht weiter wachsen. Um mit den Nazis fertig zu werden, kommt es darauf an, aktiv zu werden im Sinne einer Umgestaltung der Gesellschaft. — Mit einem solchen Schmus fertigt ein Mitglied des Sozialdemokratischen Parteivorstandes die Massen ab. Praktisch bleibt alles beim alten. Brüning wird weiter toleriert. Der Faschismus wächst. Die Sozialdemokratie bleibt passiv. — Wie lange dauert es noch, bis die SPD-Genossen begreifen, wieviel Uhr es geschlagen hat?

Frankenthal

Ueber unsere Stellung zu Sowjet-Rußland sprach am 28. Januar in vorbildlicher Weise Genosse Quessel im Rahmen eines gutbesuchten Schulungsabends unserer Ortsgruppe. Er entwickelte in etwa zweistündigen Ausführungen aus eigener Kenntnis der Verhältnisse des zaristischen und bolschewistischen Rußlands Entwicklung, Schwierigkeiten und Voraussetzungen für das Gelingen des gewaltigen sozialistischen Aufbauwerkes, das sich in Sowjet-Rußland unter wachsender Anteilnahme der revolutionären Arbeiter der ganzen Welt vollzieht. Im 1. Teil seiner Ausführungen beschäftigte sich der Referent mit der Frage: „Was vollzieht sich in Rußland?“ Er arbeitete den Begriff der sozialistischen Planwirtschaft heraus, schilderte die katastrophale Lage der russischen Bauern und die Situation der gering entwickelten Industrie vor der Machtübernahme der Bolschewisten und stellte insbesondere heraus, warum im revolutionären Kampfe um die Macht dem Industrieproletariat die Führung zufiel. Die langjährige eigene Kenntnis und Erfahrung über die Schwierigkeit des sozialistischen Aufbaues gestatteten es dem Referenten an Hand zahlreicher Beispiele und authentischen Zahlenmaterials, sehr anschaulich die ungeheuren Gegensätze zwischen den Zuständen des zaristischen Rußlands und den Leistungen des heutigen Sowjet-Staates herauszuarbeiten. Quessel verstand es, an den Beispielen der Steigerung der Produktion und den Fortschritten auf allen Gebieten der Kultur gut darzustellen, wie sich unter Ausschaltung aller kapitalistischen Unkosten unter einem beispiellosen Opfermut des russischen Proletariats alles dem Gedanken der Planwirt-

Diese Taktik ist zu plump

Die kommunistische Presse des rheinisch-westfälischen Industriegebietes triumphiert. In Oberhausen ist eine Ortsgruppe der SAP zur KPD übergetreten, in Wuppertal trat der „Vorsitzende“ der SAP zur KPD über. Das übliche kommunistische Theater. In Oberhausen wurde eine Ortsgruppe der SAP gegründet von Leuten, die Mitglieder der KPD waren. Dasselbe Manöver versuchte man in Mülheim-Ruhr. Hier konnten die „Kämpfer“ aber nicht landen, weil sie durchschaut wurden. Boschulte, der „Orts-

vereinsvorsitzende“ von Wuppertal, trat schon auf der Konferenz der linkssozialistischen Arbeitsgemeinschaft in Hagen für den Anschluß an die KPD ein. So sehen diese Herrschaften aus. Die KPD muß um Agitationsmaterial anverleihen sein, wenn sie mit solchen Mitteln Eindruck zu schinden sucht. Wie sagte Lenin einmal? „Mit Ideen läßt sich nicht leben.“ Auch die KPD wird mit solchen „List“ keinen Hund hinter dem Ofen hervorlocken. Vielleicht stellt sie Boschulte als Theoretiker für das Problem F.F.F. an.

Gegen die Kleinstaaterei für Vereinigung von Hessen und Preußen

Neben vielem anderen ist 1918 in Deutschland versäumt worden, endlich mit der Kleinstaaterei aufzuräumen. Alle Versuche, später auf dem Wege zum Einheitsstaat in Deutschland praktisch vorwärts zu kommen, sind gescheitert. Nicht nur der größte Teil des Bürgertums hat den Kampf für diese von ihm selbst dereinst verfochtene Forderung längst aufgegeben, sondern auch die Sozialdemokratie hat dort, wo sie maßgebend an der Regierung der Länder beteiligt war, jede Initiative auf diesem Gebiet vermissen lassen. Auch in dieser Beziehung ist sie völlig konservativ geworden. Das wirkt sich unter den gegenwärtigen Verhältnissen besonders verheerend in den Kleinstaat, wie z. B. Hessen, aus. Um die kostspielige Verwaltung des kleinen Landes aufrechtzuerhalten, müssen soziale und kulturelle Aufgaben auf das ärgste notleiden. Mit Rücksicht auf den partikularistisch eingestellten Koalitionspartner, das Zentrum, hat es die Sozialdemokratie in Hessen vermieden, über einen lahmten Parlamentsantrag hinaus irgendetwas zu unternehmen, um etwa durch eine Volksabstimmung die Frage praktisch voran zu bringen. Da man den Einheitsstaat nicht mit einemmal erreichen kann, unterläßt man jeden praktischen Schritt, um auf dem Wege zu ihm überhaupt voran zu kommen. Auf allen Landesparteitagen der hessischen Sozialdemokratie ist man eifrig bemüht gewesen, eine klare Entscheidung z. B. für den absolut gegebenen Anschluß in Preußen zu verhindern. Oberhessen ist ganz in preußisches Gebiet eingekleidet. Wirtschaftlich tendiert dieses Gebiet fast völlig nach Frankfurt a. M. Ähnlich liegt es mit großen Teilen von Starkenburg. Das stark industrielle Offenbach liegt vor den Toren von Frankfurt a. M. Das hessische Mainz und das preußische Wiesbaden kommen trotz der Ländergrenzen immer mehr zur Zusammenarbeit in kommunalen Fragen. Erschwert wird jedoch vieles durch die Aufrechterhaltung der Ländergrenzen.

Seit der Neuwahl des hessischen Landtages im November vorigen Jahres müht man sich vergebens ab, eine neue Regierung zu-

stände zu bringen. Jetzt liegen von den Nationalsozialisten und den Kommunisten Anträge auf Auflösung des Landtages vor. Durch die Diktatur der Reichsregierung ist die an sich schon nicht große Bedeutung der Länderparlamente noch mehr herabgemindert. Die Nazis stellen hier eine Unzahl Anträge, mit denen sie auf die politisch ungeschulten Wählermassen spekulieren. Aber auch die Kommunisten erwecken mit ihren Anträgen immer noch Illusionen, die sich hinter an ihnen rächen könnten, wenn sie ausschlaggebenden Einfluß gewinnen würden. Es gilt unseres Erachtens, die Kräfte zu konzentrieren auf die großen politischen Entscheidungen im Reich. Damit wollen wir natürlich nicht behaupten, daß diese Entscheidungen etwa im Reichstag fallen. Er hat sich ja selbst ausgeschaltet, und wir betrachten es ja gerade deshalb mit als unsere wichtigste Aufgabe, die Massen zum außerparlamentarischen Kampf zu sammeln.

Wichtiger als eine Neuwahl — gegen die wir uns selbstverständlich nicht wehren werden — wäre es, alle künftigen Landtagswahlen in Hessen dadurch überflüssig zu machen, daß das Hessenländchen auf seine Selbständigkeit verzichtet. Der auf der Liste unserer SAP in den hessischen Landtag gewählte Genosse Ohlhof hat aus diesen Erwägungen heraus folgenden Antrag im hessischen Landtag eingebracht:

1. Der hessische Landtag spricht sich grundsätzlich für die Aufgabe der Eigenstaatlichkeit Hessens aus.
2. Das Staatsministerium wird beauftragt, sofort in Verhandlungen mit der preußischen Staatsregierung über die Angliederung Hessens an Preußen einzutreten.
3. Kommt in diesen Verhandlungen ein Staatsvertrag über die Vereinigung Hessens und Preußens zustande, so ist der Vertrag sobald dem Landtag zur Beschlussfassung vorzulegen.
4. Findet dieser Staatsvertrag nicht die vorgeschriebene verfassungsändernde Mehrheit des Landtages, so ist die Entscheidung durch eine Volksabstimmung herbeizuführen.

schaft unterordnet. In diesem Zusammenhang war interessant die Feststellung, daß Amerika jährlich für Reklame 8 Milliarden ausgibt. Eine Gegenüberstellung dieser kapitalistischen Unkosten, die es im heutigen Rußland nicht gibt, zu den Reparationen, die Deutschland jährlich zu zahlen hat, zeigt, wie wenig entscheidend die Streichung der Reparationen auf die Gestaltung der deutschen Verhältnisse sein würde. Im 2. Teil behandelte der Referent unter der Fragestellung: „Was bedeutet uns die Sowjet-Union?“ die Notwendigkeit der Unterstützung des sozialistischen Aufbaus durch das gesamte Proletariat. Zum erstenmal ist uns die Möglichkeit gegeben, seine Bedingungen und Schwierigkeiten zu studieren. Er zeigte an dem Beispiel der Kollektivierung der Bauernwirtschaften, welche Schwierigkeiten gerade die Ueberwindung dieses Problems bei einer Bevölkerung findet, die zu 80 Prozent aus Bauern besteht. Genosse Quessel wies darauf hin, daß es im Interesse der gesamten Arbeiter der Welt und insbesondere des westeuropäischen Proletariats notwendig ist, alles einzusetzen, um Rußland vor den Angriffen des internationalen Kapitals zu schützen. In diesem Zusammenhang streifte der Referent die Politik der Komintern und der KPD und zog von diesem Standort aus eine Reihe Schlußfolgerungen für den Kampf des westeuropäischen Proletariats. In der Diskussion wurde die Frage des „Sozialismus in einem Lande“ in die Debatte geworfen. Der Referent äußerte hierzu, daß der Sozialismus in einem Lande, rein ökonomisch gesehen, sehr wohl möglich sei und in diesem Zusammenhang bezeichnete er im Gegensatz zur SPD-Presse und ihren Theoretikern den Aufbau in Sowjet-Rußland durchaus als sozialistisch. Genosse Quessel schloß seine hochinteressanten und lehrreichen Darlegungen mit einer Schilderung des Proletariats in der Revolution und im Bürgerkrieg beim Kampf um die Macht.

Rüsselsheim a. M.

Das Sport- und Kulturkartell, dessen Vorstand in der letzten Kartellsitzung beauftragt wurde, sich mit den politischen Parteien in Verbindung zu setzen zwecks gemeinsamer Maifeier, hatte für Mittwoch im Volkshaus zu einer Sitzung eingeladen, zu der auch die SPD, KPD und SAP je zwei Vertreter stellen sollten. Bei Eröffnung mußte festgestellt werden, daß von den eingeladenen Parteien alle dem Rufe gefolgt sind bis — auf die SPD. Der Vorsitzende des Kartells legte in der einleitenden Ausführung die Gründe dar, die das Kartell dazu geführt haben, den 1. Mai überparteilich im Sinne der Klasse zu feiern. Es war die Absicht des Kartells, zu der vorbereitenden Kommission von jeder

Partei einen Vertreter zu nehmen, um jedem Gelegenheit zu geben, im Sinne der Klasse mitzuwirken und der Sache eine breitere Basis zu geben. Nach den Erläuterungen des Vorsitzenden nahm sogleich der Vertreter der kommunistischen Partei das Wort, um nach längeren Ausführungen bekanntzugeben: „Für uns Kommunisten gibt es keine Gemeinschaft mit Severing und Grzesinski und diesen Gruppen. Wir machen nur mit, wenn der erste Mai unter den Parolen der KPD gefeiert wird. Wie absurd diese Ausführungen waren, bewies, daß sogar einzelne Delegierte, die der KPD angehören, entrüstet waren. Der Vertreter der SAP begrüßte das Vorgehen des Kartells und betonte, daß es gegenwärtig besonders wichtig sei, die Proletariat aller Parteien zu gemeinsamen Aktionen zusammenzuführen. Gerade der 1. Mai wäre ein Tag, der uns in der letzten Zeit doch zur Genüge gezeigt hätte, wie weit die Arbeiter der einzelnen Parteien auseinandergekommen seien. Scharfe Kritik übten die einzelnen Vertreter an dem Fehlen der SPD, die es nicht für notwendig hielt, zu dieser wichtigen Sitzung zu erscheinen. Man hörte bei den Ausführungen einzelner Delegierter, daß die SPD von ihrer Maifeier keinen Abstand nimmt, weil es ja bei ihr schon Tradition und die einzige Einnahmequelle für die örtliche Parteikasse sei.“

Neustadt a. d. Haardt

Eiserne oder eierne Front? Als kürzlich das hiesige Reichsbanner seine Mannschaften aus dem Bezirk Neustadt „veredigte“ auf Republik und Verfassung, schmückte es den Veredigungsraum mit allen möglichen Plakaten, darunter auch eines, das die Aufschrift trug: „Stützt die eiserne Front!“ Dieses Plakat hatte es ein paar Witzholden angetan, und sie machten sich in einer unbewachten Minute an das Plakat heran und entfernten nur ein „s“. Und siehe da, was blieb auf dem Plakat stehen? „Stützt die eierne Front!“ Ist das nun Ironie oder Wahrheit?

Kauf oder Geschenk? Wie wir erfahren haben, soll ein Teil der Gebäude des früheren Militärflugplatzes Lachen-Speyerdorf mit 40 Morgen Land an die evangelische Diakonissenanstalt in Speyer verkauft worden sein. Als Kaufpreis werden 35000 Mark genannt, eine Summe, die so niedrig ist, daß man sich eigentlich wundern muß, daß die Behörden die Gebäude und das Gelände nicht gleich ganz verschenkt haben.

Der erwerbslose Gockel. Wurden da kürzlich einem ehrbaren Pfarrer aus unserer Umgebung von bis jetzt noch nicht gefaßten Dieben Hühner gestohlen, die Besetzung des ganzen pfarrherrlichen Stalles — mit Ausnahme des stolzen Gockels. Und wie nobel behandelte

Bezirkskonferenz in Franken

Für den Bezirk Franken findet Sonntag, 7. Februar, 9½ Uhr, in Nürnberg, Bäckerherberge (Goldner Hirsch), Schlöbengasse 2, eine Bezirkskonferenz mit folgender Tagesordnung statt:

1. Referat der Genossin Düby vom Hauptverband Berlin „Die politische Lage und die Aufgaben der SAP“.
 2. Bericht der vorläufigen Bezirksleitung bzw. der Unterbezirke.
 3. Wahl der Bezirksleitung.
 4. Organisationsangelegenheiten.
 5. Jugendarbeit.
 6. Anträge.
- Anträge zur Bezirkskonferenz erbitten wir bis spätestens 3. Februar 1932 an die vorläufige Bezirksleitung.

Die vorläufige Bezirksleitung.

man diesen Gockel, ganz zeitgemäß nobel sogar. Man hängte ihm ein Schild um mit der schon in Aufschrift: „Erwerbslos! Und bist du Gottes Diener, für was brauchst du einundzwanzig Hühner!“

Bechhofen (Pfalz)

„Spaltungsapostel.“ Unter dieser Ueberschrift versucht die sozialdemokratische „Pfälzische Freie Presse“ die beiden öffentlichen Seydewitz-Versammlungen in Miesau und bei uns in Bechhofen herabzusetzen. Sie erklärt u. a., daß die beiden Versammlungen sehr schlecht besucht und die Ausführungen des Genossen Seydewitz für diejenigen eine große Enttäuschung gewesen seien. „Die sich von der SAP neues Heil versprochen hatten“. Wie wir schon in der SAZ berichtet haben, ist gerade das Gegenteil der Fall. Wohl war die Versammlung in Miesau nicht sehr gut besucht (ungefähr 100 Personen), aber dafür hatten sich bei uns in Bechhofen in der Abendversammlung um so mehr Klassengenossen eingefunden, so daß unser Versammlungsraum bis auf die letzte Ecke von ungefähr 400 Personen besetzt war. Und das ist für uns eine Riesenversammlung, wenn man berücksichtigt, daß unser Ort nur 1100 Einwohner zählt. Voll erhellter Ueberzeugung jubelten dem Genossen Seydewitz fast alle Versammlungsbesucher zu, und nur sehr wenige fanden Beifall für die mehr als verlegenen Stottereien der beiden SPD-Diskussionsredner Lang und Mees, die noch etwas für die SPD retten wollten, aber nichts erreichten; denn wie wir schon berichteten, hat sich ja ihre hiesige Ortsgruppe aufgelöst. Die Verlogenheit der „Pfälzischen Freien Presse“ ist also sehr leicht zu widerlegen. Recht fad ist auch ihr Gestammel: „Es muß doch um eine Sache sehr schlecht stehen, wenn die Größen dieser Partei (SAP) ausgerechnet nach Miesau und Bechhofen kommen, um Einheit und Spaltung zugleich zu verkünden.“ Ja ein Wels oder sonst ein Tolerierungsgewaltiger der SPD ist noch nie zu uns gekommen, ihnen waren die westpfälzischen Arbeiter zu unscheinbar, als daß man sie mit einem Besuche beehrte. Es ist darum keine Blamage für die SAP, sondern ein Lob, wenn einer ihrer Vorsitzenden zu uns kommt, um die Ziele der Partei darzulegen und sie zur Diskussion zu stellen. „Dort, wo man uns einteilt, gehen wir hin“, erwiderte schon Genosse Seydewitz dem SPD-Redner Lang, der ähnliches sagte, „ohne Rücksicht auf die Größe des Ortes“. Genosse Seydewitz hat auch keine Spaltung verkündet, sondern positive durchführbare Vorschläge zur Erlangung der Einheitsfront des Proletariats gemacht. Aber das hat der SPD-Redner Lang, der sicher auch den Lügenartikel verfaßt hat, nicht verstanden.

Lichtenfels

Unsere Ortsgruppe hatte für den 24. Januar zu ihrer ersten öffentlichen Volksversammlung eingeladen. Referent war Genosse Ziegler-Breilau, der sachlich die tieferen Gründe für die gegenwärtige Krise aufzeigte. Er fand selbst bei den zahlreich anwesenden Kommunisten nur geringen Widerspruch. Der aus Coburg verschriebene Redner der Kommunisten wollte den Anwesenden nichts Neues zu sagen. Der Diskussionsredner der anwesenden Nazis war nach fünf Minuten mit seiner Weisheit zu Ende, bevor er noch richtig angefangen hatte. Trotz wiederholten Versuchen gab es nur mehr eine humoristische Stottereien zum Gaudium der versammelten Arbeiter. Die Arroganz dieses Nazi-Mannes erschöpfte sich nachher in den blödsinnigsten Zwischenrufen, bis es der zehn Mann starken Gendarmerie zu dumm und der Held vom dritten Reich in Begleitung eines Uniformierten aus dem Saal entfernt wurde. Die SPD hatte trotz der zahlreich vorhandenen Mitgliedschaft keinen Diskussionsredner vorgeschickt. Vorsicht ist der bessere Teil der Tapferkeit. Die Ausführungen unseres Genossen Habermeyer-Nürnberg waren eine ernste Mahnung an alle arbeitenden Volksgenossen, den kleinlichen Parteihader zurückzustellen, keine Energie im Bruderkrieg zu vergeuden, sondern unter Zurückstellung alles Trennenden, im Bewußtsein der Macht der im Kampfziel einigen Arbeiterklasse den Kampf zum Sturze des Klassenregimes und seines völkermordenden Systems vorzubereiten und zum siegreichen Ende zu führen. Der ungeteilte Beifall bewies am besten, wie sehr Genosse H. den Anwesenden aus dem Herzen gesprochen hatte. Im Schlußwort stellte Genosse Ziegler einige Irrtümer der KPD-Leute richtig und beschäftigte sich nochmals eingehend mit der Mentalität der Nationalsozialisten. Seine Ausführungen klangen in den Wunsch aus, daß die Arbeiterschaft mit der Erkenntnis des Klassenfeindes auch die Notwendigkeit der einheitlichen Klassenfront verbinden möge. Eine Anzahl von Neuaufnahmen war die äußere Wirkung dieser Versammlung.

SAP Der tägliche Vormarsch

Die Abteilung Dresden-Neustadt des Sozialistischen Schutzbundes hat nach einem erfolgreich durchgeführten Werbemarsch 12 Neuaufnahmen zu verzeichnen.

In Cossebaude wurde eine Ortsgruppe der SAP gegründet.

In Lichtentfels (Bayern) traten nach einer überfüllten Versammlung zahlreiche neue Mitglieder unserer Partei bei.

In Hainewalde bei Zittau wurde eine Gruppe des SJV gegründet, der sofort 10 von den 22 Mitgliedern der SAJ beitraten.

Pful, Franz Petrich!

Seit dem Einbruch der SAP in den Thüringer Bezirk zeichnet sich die „Osthüringer Tribüne“, die sich bis dahin auffallend zurückgehalten hatte, durch besonders niederträchtige Angriffe auf die Genossen Siemen und Roscafeld aus. Das Schamloseste an persönlicher Verunglimpfung leistet sie sich in ihrer Nummer vom 30. Januar. Es heißt dort:

„Es ist ganz auffällig, daß die Herrschaften (gemeint sind Rosenfeld und Siemen) früher selten einmal zu einer Versammlung zu haben waren, während sie jetzt auf einmal Zeit haben, wo es gilt, die Arbeiterschaft zu schwächen.“

Die Redaktion der „Osthüringer Tribüne“ weiß sehr wohl, daß die beiden Genossen Jahre und Jahrzehnte hindurch Sonntag für Sonntag in ihrem Bezirk Versammlungen abgehalten haben, daß man sie nie vergeblich gerufen hat, wenn es galt, für die Partei zu arbeiten. Bis vor kurzem ist das auch immer anerkannt worden. Und nun auf einmal so! Wie schwach müssen die Geraer „Linken“ sich fühlen, wenn sie zu derart niedrigen persönlichen Mitteln greifen. Von Franz Petrich hätten wir eine solche Kampfweise — die uns bei anderen ehemaligen „Freunden“ nicht überrascht — bei aller sachlichen Gegnerschaft niemals erwartet.

Eine Tat der Verzweiflung

Das Kölner Schwurgericht verurteilte die 33jährige Frau Margarethe Harbecke aus Forsbach bei Köln wegen vierfachen Totschlages unter Zubilligung mildernder Umstände zu vier Jahren Gefängnis.

Die Angeklagte hatte im Juni 1931 in Forsbach in einem Anfall von Verzweiflung ihren vier Kindern mit einem Rasiermesser die Hälse durchgeschnitten. Sie selbst brachte sie mit dem Messer vier schwere Wunden bei, die tödlich gewesen wären, hätten nicht Nachbarn, bevor die Frau verblutete, die grauenhafte Tat entdeckt.

Die Verhandlung rollte ein furchtbares Bild zerrütteter Familienverhältnisse auf. Die Angeklagte war ständig von ihrem Mann mißhandelt worden. Zweimal war sie fortgelaufen, jedesmal hatte der Mann sie unter dem Versprechen, sich zu bessern, wieder zurückgeholt. Am Tage der Tat hatte er die Frau wieder wegen einer nichtigen Ursache im Beisein der Kinder geschlagen und mit der Drohung das Haus verlassen, er werde sie „kalt machen“, wenn sie abends noch im Hause sei. Unter dem Eindruck dieser furchtbaren Drohung brachte die Frau ihre vier Kinder zu Bett, zündete zwei Kerzen an, schmückte die Bilder ihrer Kinder mit Blumen und verübte, nachdem sie noch Abschiedsbriefe geschrieben hatte, die schreckliche Tat.



Copyright by Neuer Deutscher Verlag, Berlin W 8

36. Fortsetzung.

„Machen Sie doch nicht solche Umwege, und kommen Sie doch endlich zu Ihrem Vorschlag. Ich wette, Sie werden mir raten, möglichst bald allein nach Paris zu fahren und mich Ihrer kunst- und sachverständigen Führung anzuvertrauen.“

„Marjorie, Sie sind klug, Sie hätten die Wette gewonnen. Ich werde Ihnen Paris zeigen. Sie werden entdecken, daß es ein Genuß sein kann, Augen zu haben. Hier in New York ist das nur eine bittere Notwendigkeit. Und die Luft, die silbrige Atmosphäre, die erst die richtige Perspektive allen Straßen gibt, der Straßen, die alle angelegt sind, als hätten sie nur den Zweck, Augenfreude zu sein. Ist es Ihnen aufgefallen, Marjorie, daß unsere Wolkenkratzer aussehen, als wären sie zweidimensional und stünden ganz flach in der Luft?“

„Überwältigt Sie nicht dieser Anblick hier? Ich finde diese ungeheuren Häuserberge schöner, ergreifender als den Mont Blanc, denn von all dem hier können wir sagen, das ist unser Werk, diese Kolosse haben wir errichtet.“

„Ich wußte nicht, Marjorie, daß Sie der Gewerkschaft der Maurer angehören.“

„Ja, wir haben sie errichtet, wir Amerikaner, es ist unser Werk.“

„Die Sklaven haben es errichtet, die fremden Sklaven, nur sie.“

„Aber Amerikaner haben sie zu diesen ungeheuren Taten gezwungen.“

„Nun, diesen Häusern merkt man an, daß sie von Sklaven erbaut wurden. Ich werde Ihnen die Dome zeigen, die Künstlerhände geschaffen haben.“

„Glauben Sie wirklich, ich würde nach Paris fahren, um Ihre Vorträge über Städtebau anzuhören?“

„Ich werde Ihnen eine Welt zeigen ohne unsere schrecklichen amerikanischen Feigenblätter. Finden Sie es nicht greulich, in einem Land zu leben, in dem sogar zweijährige Kinder vor der Filmkamera dazu erzogen werden, sich ihrer Nacktheit zu schämen? In dem bei einem Scheidungsprozeß die amerikanische Öffentlichkeit mit Schaudern von einem Ehemann hört, der die Schamlosigkeit besaß, seine Gattin bei Licht nackt zu beschauen?“

„Die Amerikaner lieben eben gut gelüftete Zimmer, sie schlafen bei weit geöffneten Türen. Das wirkt natürlich auf die Sitten. Mir ist der Mangel an Ekstase und erotischem Getue nur sympathisch; ich entsinne mich eines kleinen Erlebnisses in einem europäischen Hotel mit dünnen Wänden. Ich konnte die sentimentalen Ergüsse des Liebesares im Nebenzimmer mit anhören. Am nächsten Tag bekam ich sie zu Gesicht. Sie waren das Komischste, was ich je gesehen habe. Die Frau mit Kneifer, fetten Haaren, riesigen

Berlin, 1. Februar.

In der Verhandlung war zur Sprache gekommen, wie sich die Stützungsaktionen der Konsortien zu einer immer größeren Belastung der Schultheiß-Patzenhofer A. G. ausgewachsen hatten.

Die Direktoren wußten nichts von dieser Riesenbelastung, Katzenellenbogen war durchaus selbständig vorgegangen.

Als dann endlich durch jenen Telefonanruf Direktor Sobernheim über die Lage informiert wurde, und der Kreis der Direktoren die Wahrheit erfuhr, drohte die Katastrophe. Direktor Sobernheim wollte dem Aufsichtsrat, wie es sich gehört hätte, Mitteilung machen.

Und da riet Katzenellenbogen, feierhaft nach einem Ausweg suchend, von der Benachrichtigung des Aufsichtsrates ab.

„Ich reite euch wieder heraus, brauche aber Zeit. Wenn wir es dem Aufsichtsrat sagen, rennen die ans Telefon und es gibt eine Katastrophe.“

Und da die Schultheiß-Patzenhofer 36 Millionen Mark Einlagen hatte, deren Rückziehung den Ruin hätte bedeuten können, ließ man Katzenellenbogen weiter wirtschaften.

Um die Einleger nicht zu warnen, die ihr Geld zurückgezogen hätten, um die Gesellschaft zu retten, um die Riesenprofitquelle nicht zu gefährden, solange noch ein Schimmer von Hoffnung bestand, sie zu retten — deshalb schweig man über die wahre Belastung der Schultheiß-Patzenhofer A. G. Der Aufsichtsrat erfuhr nichts, die Bücher wiesen nichts aus.

Katzenellenbogen steuerte das sinkende Schiff weiter, sorgsam bemüht, den Brand an Bord geheim zu halten, um die Profite nicht in Gefahr zu bringen.

War es eine Zwickmühle?

Im weiteren Laufe der Verhandlung am Montag erklärte Rechtsanwalt Dr. Dix, es befinde sich bei den Akten ein Schriftstück, das als „vorläufiges Gutachten“ bezeichnet wird. Verfasser dieses Gutachtens ist der Sachverständige der Staatsanwaltschaft, Professor Prion.

Es wird in diesem Gutachten die Möglichkeit in Betracht gezogen,

daß Katzenellenbogen die Konsortialgeschäfte als eine Art Zwickmühle aufgemacht habe — gingen sie ungünstig aus, trug die Gesellschaft den Schaden, gingen sie gut aus, konnten die Gewinne auf das persönliche Konto Katzenellenbogens geleitet werden.

Obwohl dieses Gutachten nicht zum Gegenstand der Anklageerhebung gemacht wurde, wird eine Aeußerung Katzenellenbogens zu dieser Möglichkeit verlangt. Selbstverständlich erklärt Katzenellenbogen, daß diese Vermutung „völlig abwegig“ sei.

Direktor Sobernheim, gefragt ob er Katzenellenbogen etwas derartiges zutraue, sagt zögernd nein.

— Man scheint Katzenellenbogen vorher auch manches nicht zugezogen zu haben...

*

Katzenellenbogen äußert sich zur Angelegenheit mit der „Nutria-Gesellschaft“. Die „Nutria“ wurde von den Ostwerken erworben und war von ihnen abhängig, sonst aber eine durchaus selbständige Gesellschaft. Trotzdem wurde das Kapital der

Katzenellenbogen steuert

Wie Katzenellenbogen die Katastrophe bremsen wollte — Arbeitete er für seine Tasche?

Ostwerke in der „Nutria“ in den Geschäftsberichten als „Bankguthaben der Ostwerke“ angegeben — immerhin eine Summe von 10 Millionen Mark.

Katzenellenbogen behauptet, er habe sich wieder einmal „mit den technischen Einzelheiten nicht ausgekannt“ — er glaubte diese Buchung sei in dieser Form einwandfrei. Die „Nutria“ sei ja berechtigt gewesen, Bankgeschäfte zu machen.

Er habe keine Propaganda mit dem Ge-

schaftsbericht machen wollen und mit hohen Bankguthaben prunken. Der Konzern habe zu der Zeit 45 Millionen stille Reserven gehabt (!), da wäre es auf die zehn Millionen fingierten Bankguthaben nicht angekommen.

Wieder hat Katzenellenbogen „die technischen Einzelheiten“ nicht beherrscht. In der Verteidigung werden die genialsten Wirtschaftsherrscher unwissender als ihr letzter Buchhalter...

Beseitigung der Arbeitslosenversicherung?

Wie die bürgerliche Presse meldet, haben in den letzten Tagen „unverbindliche“ Besprechungen zwischen Vertretern der wirtschaftlichen Spitzenverbände über die

„Rationalisierung“ der gesamten Erwerbslosenfürsorge

stattgefunden. Es handelt sich dabei um die Zusammenlegung der Arbeitslosenversicherung, der Krisen- und der Wohlfahrtsfürsorge. Ziel dieser Pläne ist, die Arbeitslosenversicherung ihres Versicherungscharakters zu entkleiden und die Arbeitslosen wieder der Wohlfahrt anheimfallen zu lassen. Mit anderen Worten:

die Arbeitslosenversicherung soll beseitigt werden.

die Arbeitslosen sollen um die Beiträge geprellt und wieder auf Bertelpfennige angewiesen sein.

Außerdem stand neben dieser Zusammenlegung auch eine „Angleichung“ der Bezüge, mit anderen Worten eine

Herabsetzung der Unterstützungssätze zur Debatte. Mit Hilfe dieser beiden Pläne sollen

jährlich 900 Millionen Mark an den Arbeitslosen gespart

werden. Die Pläne gehen weiter darauf hinaus, die einheitliche Erwerbslosenfürsorge nicht den Reichsarbeitsbehörden, sondern den Gemeinden zu übertragen. Dies würde bedeuten, den ohnedies leistungsfähigen Gemeinden eine Aufgabe zu übertragen, der sie niemals gewachsen sein können, die Erwerbslosenfürsorge zu zersplittern und die Arbeitslosen der Willkür der Gemeinden preiszugeben.

Wie weit sich diese Pläne der Arbeitgeberorganisationen bereits in einem Entwurf des Reichsarbeitsministeriums verdichtet haben, läßt sich im Augenblick noch nicht sagen. Fraglos scheint uns aber zu sein, daß die Arbeitgeberverbände solche Pläne nicht ohne vorherige Fühlungnahme mit Herrn Stegerwald erörtern.

Auffallend ist, daß die Presse der Freien Gewerkschaften und der SPD sich über diese, das Schicksal der Arbeitslosen auf das Allerschwerste gefährdenden Frage bisher ausschweigt. Die Tolerierungspolitik wurde stets damit begründet, daß das allergrößte Uebel, die Beseitigung der Arbeitslosenversicherung, durch sie abgewendet wurde. Soll man daraus, daß die großen Arbeiterorganisationen nicht beim allerersten Auftauchen dieser Pläne, Alarm schlugen, schließen, daß

sich inzwischen ein noch größeres Uebel gefunden hat, das man dadurch fernhalten kann, daß die Arbeitslosen Stegerwald, Brüning und den Arbeitgeberverbänden geopfert werden?

Die Sozialistische Arbeiterpartei wird alles daran setzen, in den Freien Gewerkschaften dahin zu wirken, daß diesen Plänen der

entschlossene Widerstand der Arbeiterschaft

entgegengestellt wird. Zueiner „eisernen Front“ für Verelendung der Arbeitslosen darf sich kein klassenbewußter Arbeiter mißbrauchen lassen. Auch diesem Anschlag auf die Lebensrechte der Arbeiter kann erfolgreich nur begegnet werden durch die Bildung der Klassenfront des Proletariats.

Die Wahltaktik der französischen Sozialisten

Der außerordentliche sozialistische Kongreß hat einstimmig folgende Wahltaktik für die kommenden Kammerwahlen beschlossen: Im ersten Wahlgang soll grundsätzlich ein sozialistischer Kandidat in jedem Wahlbezirk aufgestellt werden. Im zweiten Wahlgang werden bei drohender reaktionärer Gefahr die Bezirksvereinigungen ermächtigt, die sozialistischen Wähler aufzufordern, für den linksstehenden Kandidaten zu stimmen, der die Gewähr bietet, den reaktionären Kandidaten zu schlagen.

Der Kongreß hat sich gegen die Wahlreform (Streichung des zweiten Wahlganges) ausgesprochen, wie sie gegenwärtig im Plenum der Kammer beraten wird, und beschlossen, durch einen außerordentlichen Nationalrat eine neue Wahltaktik festlegen zu lassen, falls die Wahlreform im Parlament durchgehen sollte.

Nichtangriffspakt mit Finnland

Der Wortlaut des zwischen Sowjetrußland und Finnland abgeschlossenen Nichtangriffspaktes ist nunmehr veröffentlicht worden. Er stimmt bis auf unwesentliche Abweichungen mit dem Wortlaut des russisch-polnischen Nichtangriffspaktes überein. Die Ratifizierung soll in möglichst kurzer Frist erfolgen und der Austausch der Ratifikationsurkunden im Laufe von 30 Tagen nach der Ratifizierung des Vertrages in Moskau erfolgen.

Schnürstiefeln, der Mann mit einem Hängebauch, einer Glatze und mit Sommersprossen. Ich finde, es ist die größte Geschmacklosigkeit, Sauerkraut zu essen als wäre es Ambrosia. Ich will genießen, aber ohne überflüssige und verlogene Ekstasen und Sentiments. Wir haben unsere Nachtclubs, Pyjamaparties, Cocktailparties. Wir haben unsere Autos und die Roadhouses, die alle Landstraßen umsaumen, und die uns alle Vergnügungen bieten, die wir verlangen: Tanz, Musik, Alkohol und nebenbei auch Hotelbetrieb.“

„Alle Achtung, Marjorie, Sie kommen gut vorbereitet in die Ehe.“

„Daran brauchen Sie nicht zu zweifeln. Auch nicht daran, daß wir es im Grunde mit Paris aufnehmen können.“

„Sie werden sehen, in Paris können Sie Dinge entdecken, von denen Sie überhaupt nichts ahnen. In Amerika gibt es nicht einmal große Kokotten, fabelhaft elegante Frauen mit taubeneiergroßen Perlen, die nichtsdestoweniger außerhalb der Gesellschaft stehen und nicht die Spießigkeit unserer Millionärinnen haben.“

„Eine Frau mit taubeneiergroßen Perlen kann bei uns nicht außerhalb der Gesellschaft stehen. Bei uns gibt es keine Kokotten, weil man in Amerika logisch denkt. Frauen, die sich für wenig Geld prostituieren, kommen ins Arbeitshaus. Eine Frau aber, die sich für viel Geld verkauft, ist bei uns eben keine Kokotte, sondern eine anständige Frau. Man achtet ihre Perlen und wird sich hüten, die Herkunft zu untersuchen. Man sperrt ja auch nur die kleinen Diebe ein, während man die großen als Stützen der Gesellschaft ehrt.“

„Marjorie, Sie zeigen mehr den Verstand Ihres Vaters, als die puritanische Erziehung, die er Ihnen hat angeeignet lassen.“

„Ich habe für meine Erziehung schon selbst gesorgt. Ich fürchte also, Sie könnten mir nicht viel Neues in Paris zeigen, aber ich bin gern bereit, Sie etwas über New York aufzu-

klären. Sehen Sie dort die Dame, die mit Frau Carmer spricht?“

„Eine blendende Erscheinung.“

„Sie ist wie ein Filmtrick, nichts ist echt, alles ist gestellt, aber bei der Vorführung wirkt das Ganze sensationell.“

„Und wer ist sie?“

„Rum Arizona.“

„Ist das ein Spitzname?“

„Nein, sie nennt sich selbst so, sie ist Besitzerin des größten und teuersten Nachtlokalkonzerns in den Staaten. Sie ist teuer, aber sie liefert die beste Ware, sowohl in Alkohol wie in Mädchen. Ihre Nepplokale, sind so berühmt, daß sich die Leute geehrt fühlen, wenn sie ihr Geld an sie loswerden. Und diese bekannte Kupplerin und Alkoholschmugglerin ist die populärste Frau der guten Gesellschaft. Sie wurde schon wiederholt ins Kitten gebracht; mit Hilfe dieser billigen Reklame erhöhten sich natürlich nur ihre Einkünfte. Und sie wird nicht etwa im geheimen verehrt, augenzwinkernd, nein, bewundernd und ehrfurchtsvoll beugt man sich vor so gesunder Geschäftstüchtigkeit.“

Herr Fish lugt vergeblich nach Marjorie aus. Die beiden Fremden versperrten mit großem Geschick jede Aussicht auf sie und unterhalten ihren Gefangenen auf eine Weise, daß es ihm schwer wird, Ruhe zu heucheln. Diese abgestandenen Soldatengeschichten, die sie aus alten Witzblättern und patriotischen Aufrufen zusammennähen, und die sie mit ihm zusammen in Wirklichkeit erlebt haben wollen, erwecken in ihm den Wunsch, seine Fäuste mit ihren Nasen in nächste Berührung zu bringen. Herr Fish aber muß mit Bedauern feststellen, daß seine Fäuste zart und weiblich neben den mächtigen Tatzen seiner angeblichen Kriegskameraden wirken.

„Ob es wohl noch einmal losgeht?“

„Wenn es noch einmal losgeht, sollten die rankommen, die nur mit dem Maul dabei waren.“

Presseball ohne Sklareks

Berlin, 1. Februar.

Der Jahrmakel der Eitelkeiten, als der sich der vom Verein Berliner Presse ausschließlich zu Wohltätigkeitszwecken regelmäßig am letzten Sonntag des Januar veranstaltete sogenannte Presseball darstellt, ist diesmal, wenn man dem offiziellen Ballbericht, den WTB verbreitet, glauben will, „in außerordentlich bescheidenem Rahmen verlaufen. Er zeigte gegenüber den vergangenen Jahren dem Ernst der Zeit entsprechend“ sogar, man möchte es fast nicht für möglich halten — „eine gewisse Schlichtheit der Toiletten“.

Der amtliche Ballbericht fährt fort:

„Wie üblich haben es sich die führenden Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens nicht nehmen lassen, Tradition und guten Zweck durch ihr Erscheinen zu unterstreichen. Von den Mitgliedern der Reichsregierung waren die Reichsminister Treviranus und Professor Dr. Warmbold, von der preußischen Regierung die Minister Dr. Steiger und Grimme erschienen. Ferner sah man die Staatssekretäre von Bülow, Dr. Meißner, Dr. Pünder, Dr. Zweigert, Staudinger, Dr. Sautter, Schlegelberger, Dr. Hölscher, Dr. Lammer, Dr. Scheidl und Feyerabend, den Chef des Protokolls im auswärtigen Amt Gesandten Graf Tattenbach, von der Presseabteilung der Reichsregierung Ministerialdirektor Dr. Zechlin, Geheimrat von Kaufmann, Geheimrat Katzenberger sowie von der preußischen Pressestelle Ministerialrat Dr. Goslar. Auch die Diplomatie war zahlreich vertreten; u. a. durch die Botschafter von England, Rußland und der Türkei. Die außerpreussischen Länder waren vertreten durch die Gesandten Dr. Gradnauer (Sachsen), Staatsrat Dr. Bosler (Württemberg), Exzellenz Boden (Braunschweig), Ministerialdirektor Fecht (Baden), Minister Dr. Piper (Hamburg), Staatsrat Ahlhorn (Oldenburg). Man bemerkte ferner General der Infanterie Hasse, den Generaldirektor der Reichsbahn-Gesellschaft Dr. Dorpmüller, den Oberbürgermeister von Berlin Dr. Sahm, den Präsidenten des Städtetages Dr. Mülert, den Landtagspräsidenten Wittmack, den Polizeipräsidenten Grzesinski mit Vizepräsidenten Dr. Weiß und Oberst Heimannsberg, weiter die Rektoren der Berliner Hochschulen, die Professoren Dr. Lüders, Dr. Tübhen, Prof. Dr. Mangold, Prof. Dr. Schöttler und Prof. Dr. Bonn.

Von Literatur, bildender Kunst und Musik wurden u. a. bemerkt: Waldemar Bonsels, Vicki Baum, Prof. Clewing, Paul Oskar Höcker und den Direktor der Funkstunde Professor Knöpfke. Die bekanntesten Berliner Kapellen spielten zum Tanz. Die gut besetzte Tombola, deren Ertrag einen wesentlichen Anteil an den Ueberschüssen des Wohltätigkeitsfestes abgibt, war sehr begehrt.“

Aus anderen Berichten erfährt man, daß der Chefredakteur der „DAZ“, Dr. Fritz Klein mit Frau Hildegard Meißner, der Gattin des Staatssekretärs beim Reichspräsidenten, den Tanz eröffnete. Frau Meißner glänzte im „schneeweißen Gewand, mit grünen Schuhen und grünem Fächer“. Herr Opersnanger Tauber hielt wie eine Primadonna Hof. Und nur in einem Punkt scheint dem Gesetz der Tradition nicht gefolgt worden zu sein. Der traditionelle Freitisch der Sklareks blieb leer. In den vielen Berichten, die alle die Namen der prominenten Gäste aufzählten, suchten wir vergebens die Namen Direktor Brodat, Bürgermeister Hirsch und Oberbürgermeister Böll.

Wir sehen viele, die nicht da waren. Die Film- und Theaterdämchen, die besseren Insektentagelöhner dagegen waren alle in Frack und Abendhosen zur Stelle und belagerten die Logen, um Zeugen dessen zu werden, wie die Herren Minister und Botschafter ihre nach dem Sekundengenuß jäh aufsteigenden Anwandlungen von Fröhlichkeit gravitatisch unterdrückten. Kassander.

Polizeioffiziere der Nazis

Berlin, 30. Januar.

Nachdem die Mitteilungen über die Mitgliedschaft aktiver Offiziere der preussischen Polizei bei der NSDAP, die der Abgeordnete Kasper kürzlich im preussischen Landtag machte, ein nicht sehr robustes Deinenti der amtlichen Stellen gefunden haben, ergänzt und berichtigt heute die „Rote Fahne“ die ursprünglichen Angaben Kaspers. Die von ihr namentlich aufgeführten sieben Polizeioffiziere werden in den Listen der Nazi-Partei unter Decknamen geführt, die identisch sind mit den Namen von aus irgendwelchen Gründen ausgeschiedenen „Pgs“. (Diese Namen sind in der folgenden Aufstellung der Offiziere deren rechten Namen und Dienststrängen in Klammern beigefügt). Es handelt sich um die folgenden Offiziere:

1. Hauptmann Graf Gisbert von Merveldt (Schmidt Nr. 56 848),
2. Hauptmann Fraenkel (Berger Nr. 143 538),
3. Oberleutnant Mathes (Stahlknecht Nr. 88 489),
4. Oberleutnant Grandke (Bügler Nr. 29 779),
5. Leutnant Ladewig (Lehmann Nr. 149 082),
6. Leutnant Erich Vogt (Brune Nr. 207 622),
7. Leutnant Sackersdorff (Gasch Nr. 172 157).

Arbeiter, Achtung!

Eine neue Badekur gefällig?

Walter Pöppel

Daß bestimmte und nicht gerade einflusslose Kreise in Deutschland zur Frage des Krieges sehr positiv Stellung nehmen, und daß die Forderung nach Rüstungsgleichheit im Munde der deutschen Bourgeoisie nur die Forderung der deutschen Aufrüstung bedeutet, ist bekannt. Da gibt es nun eine in der politischen und wissenschaftlichen Welt bekannte und auch nicht einflusslose Zeitschrift „Geopolitik“. In den letzten Jahren ist es eine ihrer Aufgaben gewesen, dem sich entwickelnden neudeutschen Imperialismus die nötige „wissenschaftliche, geopolitische Untermauerung“ zu geben. Im Dezember-Haft dieser Zeitschrift nimmt nun Klaus Werner in einem Leitartikel zur Frage eines Krieges zwischen Deutschland und Frankreich Stellung. Uninteressieren in diesem Aufsatz weniger die militärischen Darlegungen des Verfassers über die eventuellen Aussichten eines solchen Krieges als vielmehr die Einleitung dieses Aufsatzes durch den Herausgeber der „Geopolitik“, Kurt Vowinkel, und die Schlussfolgerungen des Verfassers selbst. In der Einleitung heißt es:

„Daß dieser Aufsatz uns von militärisch-fachmännischer Seite zur Verfügung gestellt worden ist, erhöht seinen Wert. Man mag diese Folgerungen eines Soldaten werten wie man will, — daß die im Krieg liegende Verzweilungschance von uns genutzt werden muß, leuchtet ein. Es darf heute — stellt sich heraus, daß die Zeit noch nicht reif ist — nicht eine einzige Möglichkeit auf dem Altar der Verständigung geopfert werden, die in der Hand entschlossener Führer später für Deutschland bedeutungsvoll werden kann.“

Interessant ist, daß diese Einleitung sinngemäß mit den Worten Groenens in der bekannten Panzerkreuzer-Denkschrift 1928 übereinstimmt. In dieser heißt es: „... Deutschland wird sich an einem Kampfe nur dann beteiligen können, wenn es wirkliche Aussichten auf Erfolg hat... Sind aber diese Aussichten gegeben, dann wird sie Deutschland umso besser nützen können, je stärker es ist.“

Nun und Klaus Werner sucht zu beweisen, daß die „Aussichten gegenwärtig eben gar nicht so aussichtslos sind.“ — Diese Ausführungen gewinnen ihre besondere Bedeutung dadurch, daß wir es hier nicht mit einer Zeitschrift zu tun haben, die nur am Rande des politischen Lebens vegetiert, sondern deren Verbindungen und deren wechselseitige Beeinflussung seitens der deutschen „Staats- und Wirtschaftsführung“ nicht unwesentlich ist. Aus den Worten Kurt Vowinkels spricht die deutsche Bourgeoisie, die, angetrieben von der Krise, starker und starker „Aktivität“ in der Außenpolitik fordert.

Was heißt nun, „es darf keine einzige Möglichkeit auf dem Altar der Verständigung geopfert werden“? — Das bedeutet, daß in keiner der imperialistischen Forderungen Deutschlands (insbesondere Polenkorridor, Reparationszahlungen, Aufrüstung) so nachzugeben werden darf, daß daraus eine Grundlage für die Zukunft entstehen könnte. Man will sich die „Verzweilungschance“ sichern, die Vorbereitungen zu einem Kriege nicht schmälern lassen. Denn auch die deutsche Bourgeoisie weiß, daß die Polenfrage nie auf friedlichem Wege zugunsten Deutschlands entschieden werden kann, und daß auch die Erzwingung der Aufhebung der Reparationszahlungen das Risiko eines neuen Krieges in sich birgt. Gerade die Krise zwingt die USA und Frankreich, beizugehen, denn je in der Reparationsfrage und gütlich nachzugeben. So greift Deutschland die „Verzweilungschance“, zum Kriege. Vorerst ist es noch Drohung, aber schnell kann das Drohung Wirklichkeit werden.

In diesem Rahmen gewinnt auch die Forderung der Rüstungsgleichheit eine besondere Bedeutung. Deutschland will sich die militärische Ueberlegenheit sichern. Denn bei dem Stande der deutschen Industrie bedeutet Gleichheit der Rüstungen, oder Aufrüstung der anderen auf den Stand Deutschlands, mit der Einschränkung, daß dieser ausgerüstet ist. Sicherung des militärischen Uebergewichts zugunsten Deutschlands.

Klaus Werner unternimmt nun, wie gesagt, die Kriegschancen abzuwägen und sucht zu beweisen, daß diese für Deutschland gar nicht so ungünstig sind, wie es immer den Anschein hat. Er weist auf eine deutsch-italienische Zusammenarbeit hin, zieht eine eventuelle deutsch-freundliche Neutralität Englands und US-Amerikas in den Bereich der Wahrscheinlichkeit, und rechnet mit einem sich für Deutschland günstig auswirkenden Eingreifen Rußlands in Polen und Rumänien. Wir wollen hier nicht auf die Falschheit dieser Rechnung eingehen, sondern wollen nur feststellen, daß man in Deutschland in maßgebenden Kreisen den Krieg will. Die nötige Begleitmusik liefern die Landesvertragsprozesse, die Pressekebelungen u. a. m. — Die Overtüre ist angestimmt, wann wird das Spiel beginnen?

So wichtig wie die Einleitung ist auch die Schlussfolgerung des Wernerchen Aufsatzes. Hier wird auf den griechisch-italienischen Konflikt 1923 hingewiesen, und die damalige Parole der Griechen, nicht nachzu-

geben und es, trotz der italienischen Ueberlegenheit, ruhig auf einen Krieg ankommen zu lassen, als die Marschroute Deutschlands in der Regelung der Reparationsfrage und in dem Verhältnis zu Frankreich empfohlen. Damals wurde der Krieg durch das Eingreifen der Großmächte, die unangenehme Rückwirkungen desselben auf das übrige Europa befürchteten, verhindert. Aber Deutschland ist nicht Griechenland und Frankreich nicht Italien! Auch in einem deutsch-französischen Konflikt werden die übrigen Großmächte eingreifen, aber dieses Eingreifen wird schwerlich Verhinderung des Krieges bedeuten, viel eher wird es Eingreifen in den Krieg sein, so wie es 1914 auch der Fall war. Dann aber ist der neue Weltbrand da. Auch Klaus Werner sieht dies ganz richtig. Aber die „Verzweilungschance“ ist dann genutzt, und für ihn ist wichtig, daß doch die Möglichkeit eines deutschen Sieges bestehen könnte. Die deutsche Bourgeoisie will also die „Verzweilungschance“ nutzen, um durch einen imperialistischen Krieg dem deutschen Kapitalismus eine neue Atempause zu schaffen, neue Absatz- und Rohstoffmärkte zu öffnen.

Die herrschende Klasse in Deutschland handelt, treibt „aktive“ Außenpolitik und die Sozialdemokratie toleriert, ja sie toleriert nicht nur, sondern reißt sich offen in die nationale außenpolitische Einheitsfront mit ein. — Eine verdamnte Ähnlichkeit mit 1914.

Aber einen Faktor dürften alle Aerzte am

Metallarbeiter für rote Einheitsfront

Die Opposition in den freien Gewerkschaften gegen deren gegenwärtigen Kurs ist überall in raschem Wachstum. So sehr sich die Bürokratie auch bemüht, sie zum Schweigen zu zwingen, so bricht die oppositionelle Meinung doch allenthalben durch, wenn sie nur auf dem Posten ist. So haben soeben wieder in Radebeul die Metallarbeiter gegen nur wenige Stimmen in einer Mitgliederversammlung eine Resolution zur Annahme gebracht, die sich die Gewerkschaftsbürokratie sicher nicht auf den Hut stecken wird, da sie just das Gegenteil von dem verlangt, was diese in all den letzten Jahren tat und noch tut. Einmal wird betont, daß die gegenwärtige Krise den schärfsten Kampf aller proletarischen Massenorganisationen, in erster Linie der freien Gewerkschaften, gegen das kapitalistische System und für den Sozialismus notwendig mache, und daß endlich mit der Politik des Tolerierens und des Ausweichens Schluß gemacht werden muß. Die Verträge auf den Preisabbau, an denen sich auch die Gewerkschaften beteiligen, seien nichts anderes als ein Betrug an der Arbeiterschaft. Die Resolution schließt wortlich:

„Die versammelten Metallarbeiter fordern vom DMV als der größten Gewerkschaft der Welt, daß er alles tut, um so rasch wie möglich diesen Kampf auf breiter Basis zu organisieren. Als nächste Etappe verlangen die Versammelten die Einberufung eines Betriebsrätekongresses des Dresdener Wirtschaftsgebietes. Auf diesem Kongreß sollen die Vertreter der Betriebsarbeiter und der Erwerbslosen über die nächsten Aufgaben des Kampfes beraten und beschließen. Die Versammlung wendete sich weiterhin gegen eine einseitige Bindung der Gewerkschaften an die sogenannte „Eiserne Front“. Die Versammlung wendete sich weiterhin gegen eine freien Gewerkschaften mit allen zum Kampf entschlossenen proletarischen Organisationen die Verbindung aufnehmen und mitwirken an der Schaffung der Roten Einheitsfront des revolutionären Proletariats.“

Die Resolution war von einem Vertreter der SAP eingebracht und begründet worden. Das Referat war von einem Verbandsbeamten der Dresdener Verwaltungsstelle gehalten worden, der — wie ja nicht anders zu erwarten ist — die offizielle Politik der Gewerkschaften und der SPD verteidigte.

Falschmünzer vor Gericht

Hamburg, 30. Januar

Vor dem Hamburger Amtsgericht hatten sich in mehrtägigen Verhandlungen unter Ausschluß der Öffentlichkeit sechs Angeklagte, die schon mehrfach wegen Eigentumsvergehen verurteilt sind, wegen Falschmünzerei und Vertriebs von Falschgeld zu verantworten. Der Angeklagte Otto Seider wurde wegen Falschmünzerei in zwei Fällen und wegen versuchter Falschmünzerei zu vier Jahren Gefängnis verurteilt. Sein Bruder Johannes Seider erhielt wegen Beihilfe zur versuchten Falschmünzerei ein Jahr Gefängnis. Ein dritter Angeklagter, der den von der Polizei gesuchten Johannes Seider verborghalten hatte, wurde wegen Beihilfe zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Die übrigen Angeklagten wurden freigesprochen.

Kapitalismus vergessen, das Proletariat hat die Erfahrung von 1914, von 1918 und 1923 hinter sich, und diese Erfahrung ist nicht ganz spurlos an ihm vorüber gegangen. Auch die gegenwärtige Niedergeschlagenheit beginnt schon zu schwinden und einer sich neu anbahnenden proletarischen Aktivität zu weichen. Der unerhörte Angriff auf die Existenz des Proletariats beginnt seine revolutionäre Wirkung zu tun, und die proletarische Klasse zusammenschließen, zusammenschließen zum revolutionären Kampf gegen das kapitalistische System.

Für das Proletariat gibt es keine Verteidigung der „nationalen Interessen“ und der „deutschen Freiheit“. Das Proletariat ist unfrei und muß seine eigene Freiheit erst erobern, muß sie erobern als internationale Klasse. „Vaterlandsverteidigung“ heißt für die Bourgeoisie Verteidigung ihrer Herrschafts- und Profitinteressen, Vaterlandsverteidigung heißt für das Proletariat Verteidigung der proletarischen Klasseninteressen, heißt revolutionärer Kampf gegen die eigene herrschende Klasse und Eroberung der Staatsmacht für das Proletariat. Das Proletariat kämpft für die Niederlage der eigenen Bourgeoisie sowohl im Frieden wie im Kriege, seine Parole ist die Parole Karl Liebknechts:

„Der Feind steht im eigenen Land!“

Berliner Bankier verhaftet

Im Zusammenhang mit einer neu aufgedeckten Devisenschiebung wurde u. a. ein Verhaftungsbefehl gegen den Berliner Bankier Dr. Walbach vom Bankhaus Blumenthal & Walbach erlassen. Die Verhafteten stehen in dem dringenden Verdacht, deutsches Kapital über die Grenze, und zwar nach Holland, gebracht zu haben. Weitere Ermittlungen und Vernehmungen in dieser Sache sind zur Zeit bei der Zollfahndungsstelle im Gange, so daß noch mit Verhaftung anderer Beteiligter gerechnet werden kann.

Entlassungen ohne Ende

Die Betriebseinschränkungen in der ostpreussischen Industrie wollen immer noch kein Ende nehmen. Neuerdings haben die Verwaltungen der Riemer-, Emma-, Charlotte- und Mathilde-Grube beim Demobilisationskommissar die Genehmigung zur Entlassung von insgesamt rund 1000 Arbeitern dieser Betriebe beantragt. Auch in der Eisenhüttenindustrie sind neue Massenentlassungen geplant. Die Kattowitzer A. G. will bei der Bismarckhütte 1300 und bei der Vereinigten Königs- und Laura-Hütte rund 1450 Arbeiter entlassen.



Arme Radiohörer!

Die reaktionären Studenten, als die „Deutsche Studentenschaft“, veranstalteten am Sonntag vormittag im Zirkus Busch, Berlin, eine Kundgebung, an der Vertreter des Reichswehrministeriums, viele Offiziere der republikanischen Armee und der Reichsmarine teilnahmen. Außerdem chargierte Trümmer des alten Heeres und verstaubte Rektoren und Professoren. Es sprach Professor Mannhard-Marburg und teilte der versammelten Reaktion mit, daß die Wehrfrage nicht nur eine Angelegenheit der Außenpolitik sei, sondern auch eine Angelegenheit der Erziehung. (Mit anderen Worten: wir müssen wieder 3 Millionen Rekruten haben.) Und außerdem habe die Wehrfrage auch Bedeutung für das Arbeitslosenproblem. (Klarer kann man es nicht mehr sagen: wir brauchen ein Militär, um die Arbeitslosen unterzubringen, für 15 Pfennig Löhnung am Tag. Wozu erst den Umweg über den Arbeitsdienst?)

Anschließend wurde eine Entschließung angenommen, wonach die deutschen Studenten sich „in den Dienst des Staates stellen“ dürfen — auf deutsch: Unteroffiziere und Feldwebel für das kommende Heer werden dürfen. Das ist die Forderung für die Abrüstungskonferenz.

*

Nach Schluß dieser Veranstaltung riefen Gruppen der wildgewordenen Studenten „Deutschland erwecke“. — Uns scheint, als ob das Ergebnis für diese Bürschen nicht gut sein wird, wenn der deutsche Arbeiter erwachen sollte.

Dieser ganze stundenlange reaktionäre kriegshetzerische Kitt wurde vom Rundfunk aufgenommen und übertragen... Unser Rundfunk wahr Objektivität.